

BERLIN



Senatsverwaltung
für Justiz, Vielfalt
und Antidiskriminierung



LANDESSTELLE
FÜR GLEICHBEHANDLUNG-
GEGEN DISKRIMINIERUNG

BERATUNGSBEDARFE VON BETROFFENEN VON ANTIMUSLI- MISCHEM RASSISMUS IM LAND BERLIN

Constantin Wagner
Rümeysa Şenel
Eda Yıldız



Wissenschaftliche Expertise

INHALT

1. EINLEITUNG	4
2. FORSCHUNGSSTAND	6
2.1 Antimuslimischer Rassismus – Befunde in Bezug auf die Bundesebene	6
2.2 Antimuslimischer Rassismus – Befunde zum Land Berlin	9
3. ÜBERSICHT ÜBER DAS BERATUNGSANGEBOT (ZU ANTIMUSLIMISCHEM RASSISMUS) IN BERLIN	10
3.1 Die Berliner Beratungsstruktur in Bezug auf Betroffene von antimuslimischem Rassismus	10
3.2 Ausgewählte Ergebnisse der Umfrage zu Beratungsangeboten in Berlin	14
3.3 Ergebnisse der Mitarbeitendenbefragung	18
4. ERGEBNISSE DER BETROFFENENBEFRAGUNG	22
4.1 Formen und Orte von antimuslimischem Rassismus	22
4.2 Strategien im Umgang mit antimuslimischem Rassismus	25
4.3 Als hilfreich empfundene Maßnahmen	28
4.4 Bedarfe in Bezug auf Beratungsstellen und -angebote	30
5. FAZIT/AUSBLICK	34
6. LITERATURVERZEICHNIS	37
7. ANHÄNGE	39

1. EINLEITUNG¹

Thema und Vorgehen

Die durch die Auftraggeberin vorgegebenen Ziele

- Identifikation der Bedarfe von Betroffenen von antimuslimischem Rassismus,
- Erhebung der Bekanntheit und Annahme des Angebots der vorhandenen Berliner Beratungsstrukturen bei von Diskriminierung Betroffenen und
- Identifikation von Hindernissen und Lücken sowie Gelingensfaktoren im Beratungsangebot

sollten durch drei Arbeitsschritte erreicht werden. Erstens durch eine zusammenfassende Aufbereitung bisheriger Erkenntnisse (Kapitel 2), zweitens durch eine Übersicht über die entsprechende Berliner Beratungsstruktur, inklusive Interviews mit Mitarbeiter_innen ausgewählter Beratungsinstitutionen (Kapitel 3) sowie drittens durch eine Betroffenenbefragung (Kapitel 4). Darauf aufbauend können in Kapitel 5 Handlungsempfehlungen ausgesprochen werden.

Vor dem Hintergrund der zentralen Forschungsleitfragen „Wie können Betroffene gestärkt werden – Was erleben sie als unterstützend/hilfreich? Was fehlt?“ stellt die Betroffenenbefragung (Kapitel 4) den zentralen Teil unserer hier präsentierten Untersuchung dar. Es wird herausgearbeitet, welche Bedarfe von den Betroffenen benannt werden. Auch die Bekanntheit und Bewertung des bereits bestehenden Angebots wird hier deutlich. Identifiziert wurden nicht „Typen von Beratungssuchenden“, sondern unterschiedliche Typen von Strategien im Umgang mit antimuslimischem Rassismus, unterschiedliche Bedarfe und Maßnahmen, die als hilfreich empfunden wurden.

Durchgeführt wurden hierfür 12 themenzentrierte Leitfadeninterviews mit Betroffenen. Die Aussagen der Interviewpartner_innen wurden mithilfe der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring (Mayring 2010, Mayring 2019) samt induktiver Kategorienbildung verdichtet. Die themenzentrierten Interviews zielten auf folgende Leitfragen ab (siehe Anhang): Welche Diskriminierungserfahrungen machen Muslim_innen und Menschen, denen eine muslimische Identität zugeschrieben wird, in Berlin? Welche Beratungsbedarfe sehen Sie? Mit welchen Zielen würden Sie sich an eine Beratungsinstitution wenden? Was wünschen Sie sich von einer Beratungseinrichtung; was muss diese „mitbringen“? Welche Erfahrungen haben Sie mit der Unterstützungs-/Beratungsstruktur? Welche Angebote kennen Sie noch? Was würden Sie warum (nicht) wahrnehmen? An wen haben Sie sich im Hinblick auf Unterstützung/Beratung schon gewendet? Was haben Sie als unterstützend/hilfreich erlebt? Bei der Darstellung der Ergebnisse wird den Aussagen der Gesprächspartner_innen durch Zitate viel Raum gegeben.

Als Gesprächspartner_innen für die Interviews mit Mitarbeiter_innen ausgewählter Beratungsinstitutionen wurden jeweils zwei explizit auf antimuslimischen Rassismus spezialisierte Mitarbeiter_innen, eine mit breiterem Fokus auf rassistische Diskriminierung beratende Person (von einer Stelle für Betroffene rechter Gewalt) und eine Vertreterin einer weiteren, unspezifischen Opferberatungsstelle geführt. Diese Gespräche wurden durch einen Austausch mit (fünftens) einer Vertreterin der CLAIM-Allianz ergänzt. Hierdurch sollte herausgefunden werden, welche Beratungsanliegen an die jeweils unterschiedlichen Institutionen herangetragen werden (und welche nicht), welche Qualifikationen, Ausstattung und Strategien zur Zielgruppenerreichung und Vertrauensbildung jeweils angewendet werden. Die Interviewfragen für Vertreter_innen von Beratungsstellen wurden unter anderem anhand folgender Leitfragen formuliert (siehe Anhang): Von welchen Erfahrungen berichten Betroffene? Was sehen Sie selbst als Hindernisse und Lücken sowie Gelingensfaktoren im Beratungsangebot? Wie erreichen Sie ihre Zielgruppe? Wie versuchen Sie, Vertrauen herzustellen? Inwiefern sind die Mitarbeiter_innen im Hinblick auf antimuslimischen Rassismus qualifiziert? Auch diese Interviews wurden mit der qualitativen Inhaltsanalyse ausgewertet.

¹ Unser herzlicher Dank geht an alle Personen und Institutionen, die bereit waren, im Rahmen der Erhebung mit uns ihre Erfahrungen zu teilen, ferner den Personen, die uns bei der Transkription von Interviews unterstützt haben sowie der Berliner Senatsverwaltung für Justiz, Vielfalt und Antidiskriminierung für den Auftrag und die produktive Zusammenarbeit.

Reichweite und Aussagekraft der Ergebnisse, Beschaffenheit des Samples

Aufgrund der beschränkten zeitlichen Ressourcen und der damit verbundenen Beschränkung des Samples der zugrundeliegenden Untersuchung erlaubt diese Expertise nur erste, grundlegende Hinweise in Bezug auf die Fragestellung. Das Sample ist nicht repräsentativ, Personen mit akademischem Hintergrund sind aufgrund der Wege der Gewinnung der Interviewpartner_innen (siehe unten) überrepräsentiert.

Grundsätzlich ist darüber hinaus anzumerken, dass die Befragung von Betroffenen mit dem Erkenntnisziel des (ungedeckten) Beratungsbedarfs voraussetzt, dass die Befragten einen entsprechenden Bedarf artikulieren können und wollen. Um entsprechende Bedarfe jedoch artikulieren zu können, ist ein bestimmtes Maß an Bewusstsein für Diskriminierungsprozesse notwendig. Dort, wo (vor allem strukturelle und institutionelle) Diskriminierungserfahrungen als Normalität wahrgenommen werden, erscheinen sie häufig nicht als bearbeitbar (Bourdieu/Wacquant 1996, Bourdieu 2005, Kraus 2008). Mit einer Befragung zu Bedarfen von Betroffenen von antimuslimischem Rassismus können zwar wichtige, praxisrelevante Erkenntnisse generiert und sichtbar gemacht werden, jedoch können nur die Artikulationen eines Teils der Personen, die von antimuslimischem Rassismus betroffen sind, erfasst werden.

Die Ansprache der Zielgruppe erfolgte in deutscher und türkischer Sprache über persönliche Netzwerke, muslimische Verbände, soziale Medien und lokale Aushänge. Ziel war, beim Sample eine möglichst große Diversität abzubilden. Zu bedenkende Strukturkategorien waren hierbei Alter, Bildungshintergrund, Einkommen, Geschlecht, Wohnort/Sozialraum, Ability, Staatsangehörigkeit und Nähe zu unterschiedlichen muslimischen Communities. Die Untersuchung sollte auch offen für Personen sein, die sich selbst nicht als Muslim_innen verstehen, aber dennoch von antimuslimischem Rassismus betroffen sind. Ebenso war es ein Anliegen, sowohl Personen, die bereits in Beratung waren und solche, die Beratungsangebote bisher nicht wahrgenommen haben, zu erreichen.

Die Akquise von Interviewpartner_innen kann als sehr aufwändig beschrieben werden. Über allgemeine Aushänge und Aufrufe, die breit zirkulierten, meldete sich nahezu keine Person. Auffällig in Bezug auf die Personen, die sich bei uns gemeldet haben und mit denen in Folge Interviews zustande gekommen sind, sind vor allem folgende Merkmale:

- Die überwiegende Mehrheit wurde über persönliche Netzwerke erreicht (9 von 12),
- die überwiegende Mehrheit ist weiblich (9 von 12),
- von denen wiederum die überwiegende Mehrheit Hijab trägt (6 von 9),
- kaum eine Person hat bereits Beratungsangebote wahrgenommen (11 von 12).

Die Beschaffenheit des Samples und die Herausforderung bei der Herstellung von Kontakt zu Interviewpartner_innen können dabei bereits erste Hinweise zur Beschaffenheit des Feldes geben:

- Vertrauen und Ruf/Kredibilität, die über Bekanntheit beziehungsweise Verbindungen hergestellt werden, scheinen eine zentrale Rolle zu spielen. In Bezug zu dem Thema (antimuslimischer) Rassismus werden die eigene Vulnerabilität und sehr persönliche Erfahrungen relevant. Dass sich nahezu niemand „nur“ über den Aufruf gemeldet hat, sondern Kontakte und Netzwerke notwendig waren, um den Kontakt erfolgreich herzustellen, zeigt, dass es sich um ein sensibles Thema handelt. Hierzu passen auch Rückfragen, ob selbst von Rassismus betroffene Personen die Interviews durchführen werden,
- antimuslimischer Rassismus ist ein hochgradig geschlechtsspezifisch wirkendes Ressentiment. Während (insbesondere Hijab tragende) Frauen exponiert sind, werden Männer deutlich weniger (direkt) von ihm angesprochen beziehungsweise fällt es ihnen schwerer, entsprechende Rassismuserfahrungen eindeutig von anderen (rassistischen) Kategorisierungen abzugrenzen. Sie sehen sich deshalb seltener als direkt von antimuslimischem Rassismus betroffen. Eine geringere Sichtbarkeit spielt hier vermutlich eine gewichtige Rolle. Ferner könnte vermutet werden, dass männlich sozialisierte Personen häufig über eine genderspezifische Bearbeitung von Rassismuserfahrungen verfügen (das heißt weniger mit anderen über negative Erfahrungen sprechen) und dass die Tatsache, dass nicht alle Beratungsstellen für Männer offen sind, Auswirkungen haben,
- Beratung wird anscheinend – selbst von Personen, die über ein klares Bewusstsein für eigene Diskriminierungserfahrungen und dem Unrechtsein derselben sowie hohes Bildungskapital verfügen – selten in Anspruch genommen.

Unter **antimuslimischem Rassismus** verstehen wir – in Abgrenzung zur alltagssprachlichen Verwendung des Begriffs „Rassismus“, die häufig lediglich auf negative Intentionen und bewusste Abwertungen und Ausschlüsse einzelner Akteur_innen abhebt – **die Diskriminierung von Muslim_innen sowie als muslimisch „gelesener“** (das heißt auf Grundlage des Namens, äußerer Merkmale oder der (vermuteten) Herkunft als muslimisch wahrgenommener) **Personen**. Der Rassismusbegriff signalisiert in der neueren sozialwissenschaftlichen Forschung, dass es nicht „einfach“ um interpersonelle Konflikte und individuelle Haltungen geht, sondern um Akte, die auf **gesellschaftliche Machtverhältnisse** verweisen, und bestimmte Personen als „anders“, „minderwertig“ oder „fremd“ positionieren. Diese Machtverhältnisse sind historisch entstanden, werden durch eine homogenisierende und essentialisierende Islamwahrnehmung diskursiv abgesichert und strukturieren unsere Gesellschaft (mit). Dies bedeutet, dass Rassismus (neben anderen Differenzdimensionen) die **Lebenschancen** unterschiedlicher Gesellschaftsmitglieder **reguliert**, etwa über **Zugänge zum Wohnungs-, Bildungs- und Arbeitsmarkt, aber auch über „Platzanweisungen“ im Alltag und im politischen Diskurs** (siehe Kapitel 2).² Rassistische Diskriminierungserfahrung erhalten ihre Brisanz somit insbesondere vor dem Hintergrund einer strukturellen Ungleichheit, die sich bei Betroffenen in **wiederholten Verbesonderungs-, Ausschluss- und Abwertungserfahrungen** zeigt.

2. FORSCHUNGSSTAND

Während in den USA bereits seit den 1990er Jahren Forschung zu der Thematik betrieben und in diesem Zusammenhang der Begriff Islamophobie geprägt wurde, steckt die Forschung zu antimuslimischem Rassismus hierzulande noch in Kinderschuhen. Auch wenn vermehrt wissenschaftliche Arbeiten in diesem Themenfeld erscheinen, sind einige Zusammenhänge bisher kaum beleuchtet worden. Dazu zählt vor allem die Wirkung von antimuslimischem Rassismus auf Betroffene sowie deren Umgangsstrategien, Bedürfnisse und Forderungen. Hierzu existieren in Deutschland nur vereinzelt wissenschaftliche Befunde.³ So erschien 2021 das Buch „Muslimischsein im Sicherheitsdiskurs“ von Attia, Keskinliç und Okcu, welches grundlegende Einsichten in Bezug auf die Frage, wie von antimuslimischem Rassismus betroffene Personen mit dem sie adressierenden Sicherheitsdiskurs umgehen, liefert.

In der Forschung wird bisher selten zwischen der Wirkung unterschiedlicher Rassismen unterschieden. So finden sich nur wenige Studien zur Auswirkung von antimuslimischem Rassismus im Speziellen. Zu dem Zusammenhang von Schule und Rassismus existieren Arbeiten sowohl zur Betroffenheit von Schüler:innen (beispielsweise Karabulut 2020), als auch von Lehrer:innen (beispielsweise Akbaba 2017, Fereidooni 2016), in denen jeweils auch antimuslimischer Rassismus virulent und thematisiert wird.

Im Folgenden werden hauptsächlich quantitative Ergebnisse in Bezug auf antimuslimischen Rassismus, bezogen auf die Bundesebene und auf das Land Berlin, vorgestellt.

2.1 Antimuslimischer Rassismus – Befunde in Bezug auf die Bundesebene

Obwohl das Phänomen „antimuslimischer Rassismus“ vielfältige Erscheinungsformen hat und in Teilen (wie bezüglich der Auswirkung auf die Subjektbildung) nicht quantifiziert werden kann, ist es wichtig, statistisch nachzuvollziehen, wie antimuslimischer Rassismus in Deutschland auftritt. Dafür gibt es verschiedene Ansätze:

² Die Subjektposition derer, die selbst nicht negativ von Rassismus betroffen sind bzw. von einer rassifizierten Gesellschaftsordnung tendenziell profitieren, wird in diesem Zusammenhang „weiß“ genannt. Es geht dabei nicht (nur) um Hautfarbe, sondern um die Frage von (Nicht-)Zugehörigkeit und Privilegien, die auch entlang kultureller oder religiöser Symbole, Akzente, Namen oder ähnlichem reproduziert werden (vergleiche Wagner 2017: 88–97).

³ Das Problem bekommt sowohl auf der wissenschaftlichen als auch auf der politischen Ebene jüngst mehr Aufmerksamkeit. Auf Bundesebene wurde 2020 durch das Innenministerium der „Expertenkreis Muslimfeindlichkeit“ berufen (vergleiche BMI 2020). Speziell in Berlin gibt es zudem seit 2021 die Expert_innenkommission zu antimuslimischem Rassismus (Berliner Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung 2021). Diese Initiativen können als Beginn, Rückstände aufzuarbeiten, verstanden werden.

- die statistische Erfassung von islamfeindlichen Straftaten
 - Meldungen bei der Antidiskriminierungsstelle des Bundes
 - Meldungen bei unabhängigen Meldestellen und Beratungsstellen (Fälle von antimuslimischem Rassismus können bei unterschiedlichen Stellen gemeldet werden. Die Meldestellen sind jedoch nicht einheitlich organisiert, teilweise nur vorübergehend finanziert und dokumentieren unterschiedlich, siehe unten)
4. 31 Fälle vielen auf den Bereich des öffentlichen Raumes.
 5. 9 Fälle wurden im Bereich der öffentlichen Gesundheits- und Sozialleistungen verzeichnet.
 6. 14 Fälle wurden im sonstigen Verwaltungsbereich gemeldet
 7. 10 Fälle wurden im Bereich der Justiz gemeldet.

„Islamfeindliche Straftaten“

Während antimuslimische Straftaten kein neues Phänomen sind, werden offizielle Statistiken dazu erst seit 2017 explizit erstellt – unter der Kategorie „islamfeindliche Straftaten“. Seit 2018 steigen die Zahlen stetig an: 2018 wurden 910 als islamfeindlich klassifizierte Straftaten erfasst (vergleiche Deutscher Bundestag 2019), 2019 waren es 950 (vergleiche Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat 2021). Im Jahr 2020 wurden insgesamt 1026 Fälle erfasst (ebenda) – trotz der Corona-Pandemie und bundesweiter Ausgangsbeschränkungen.

Die Dunkelziffer wird jedoch um ein vielfaches höher geschätzt, da davon ausgegangen wird, dass die meisten Fälle erst gar nicht zur Anzeige gebracht werden (vergleiche Deutscher Bundestag 2020).

Meldungen bei der Antidiskriminierungsstelle des Bundes

Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes erfasst Fälle von „Diskriminierung aus rassistischen Gründen oder wegen der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität im Arbeitsleben und bei Alltagsgeschäften [...]“ (Antidiskriminierungsstelle ohne Jahr). Auf Anfrage der Partei „Die Linke“ und einigen Abgeordneten erstellte die Bundesregierung eine Publikation mit dem Titel „Antimuslimischer Rassismus und Diskriminierung von Muslimen in Deutschland“. Daraus geht hervor, dass von der Antidiskriminierungsstelle seit 2006 insgesamt 719 Fälle antimuslimischer Diskriminierung aufgezeichnet wurden. Diese verteilten sich wie folgt:

1. Der Großteil (etwa die Hälfte: 350 Fälle) fiel auf den Bereich der Arbeit. Von denjenigen, die ihr Geschlecht angaben, meldeten sich dabei mehr als fünf Mal so viele Frauen wie Männer.
2. Darauf folgt der Bereich privater Dienstleistungen mit 132 Fällen.
3. Als dritthäufigster Bereich tritt die öffentliche Bildung mit 69 Fällen hervor.

Insgesamt wandten sich in allen Bereichen weitaus mehr Frauen als Männer an die Antidiskriminierungsstelle: „Über alle Anfragen hinweg gingen 402 Anfragen von Frauen und 105 Anfragen von Männern aus.“ (Deutscher Bundestag 2020: 21).

Meldungen bei unabhängigen Meldestellen/Beratungsstellen

Auch unterhalb der Strafbarkeitsgrenze können antimuslimische Vorfälle gemeldet werden. Rassistische Taten, die de jure nicht als solche erfasst werden, können ebenfalls bei Beratungsstellen angegeben werden. Dort erhalten Betroffene u. a. juristische Unterstützung, jedoch sind die Beratungsstellen nicht einheitlich organisiert und auf Bundesebene unterschiedlich verteilt. Gleichzeitig existieren Stellen, bei denen Vorfälle gemeldet und dokumentiert werden können (beispielsweise bei Inssan oder I-Report).

Eine 2020 von der CLAIM Allianz gegen Islam- und Muslimfeindlichkeit in Auftrag gegebene Studie stellte heraus, dass die Beratungsstellen über das Bundesgebiet unterschiedlich verteilt sind und in ganz Deutschland nur sieben Beratungsstellen auf anti-muslimischen Rassismus spezialisiert sind. Beratungsansätze, Zielgruppen und die organisatorische Anbindung sind heterogen (vergleiche Winterhagen/Ceyhan 2020: 3). Auf Grundlage ihrer Befunde sprechen die Autorinnen Handlungsempfehlungen an Politik und Verwaltung auf mehreren Ebenen aus: Mehr auf antimuslimischen Rassismus spezialisierte Beratungs- und Personalstellen schaffen. [...] Auf antimuslimischen Rassismus spezialisierte Organisationen strukturell ausbauen und nachhaltige Förderung sichern. [...] Nicht spezialisierte Beratungsstellen zu antimuslimischem Rassismus unterstützen. [...] Betroffene von antimuslimischem Rassismus über ihre Rechte informieren. [...] Beratungsstellen sollten antimuslimischen Rassismus in der Außendarstellung explizit adressieren. [...] Moscheegemeinden sollten Betroffene informieren beziehungsweise Beratungsstellen zur Information hinzuziehen. [...] Dokumentation und Verfahren zu anti-muslimischem Rassismus innerhalb der Beratungsstellen vereinheitlichen. (ebd.: 6). Die Autorinnen verdeutlichen damit, dass auf antimuslimischen Rassismus spezialisierte Beratungsangebote bisher nur marginal vorhanden sind, während allgemeine Opferberatungs- und Antidiskriminierungsstellen fachlichen Qualifizierungsbedarf haben und dem Thema

bisher noch nicht ausreichend Raum geben wird (ebenda: 17). Community-nahe Angebote im Umfeld von Moscheegemeinden beziehungsweise eine Vernetzung mit denselben fehlt weitgehend, obwohl persönliche Empfehlungen und Kontakte sowie kurze Wege von großer Bedeutung sind (ebenda: 21). Ferner verdeutlicht die Untersuchung die Bedeutung von (häufig nicht gegebenen) persönlichen Bezügen der Beratenden sowie die Wirksamkeit von Selbstorganisationen (ebenda: 12, 18).⁴

Offenkundig ist, dass der Großteil von Diskriminierungen nicht erfasst wird, ein wiederum wesentlich kleinerer Teil der Fälle wird beraten. Die Fälle, die bei Beratungsinstitutionen ankommen, werden nicht einheitlich und zentral dokumentiert.

Antimuslimisch-rassistische Erfahrungen äußern sich bei Betroffenen häufig in Form alltagsweltlicher Diskriminierungen, im Kontext von Schule, Arbeit oder auf dem Wohnungsmarkt. 16 Prozent der befragten Muslim_innen in Deutschland gaben im Rahmen einer von der Europäischen Union für Grundrechte durchgeführten Studie an, in den vorangegangenen fünf Jahren Diskriminierungserfahrungen aufgrund religiöser Zugehörigkeit erfahren zu haben (FRA 2017). Im Vergleich zu Personen mit einer anderen Religionszugehörigkeit fühlen sich Muslim_innen unter den nach Deutschland Zugewanderten zu rund 55% häufiger Diskriminierungen ausgesetzt (Medien-dienst Integration 2021: 6).

Studien, die „harte Daten“ produzieren, wie Testing-Studien, existieren bisher nur vereinzelt. Die Studie von Weichselbaumer bildet hier eine Ausnahme und bietet klare Hinweise auf ein spezifisches, hoch wirksames antimuslimisches Ressentiment. Deutschlandweit wurden 1500 Bewerbungen von drei fiktiven Personen verschickt. Auf den Bewerbungsfotos war jeweils dieselbe Frau zu sehen. Die erste Person trug den Namen Sandra Bauer. Die zweite Person hieß Meryem Öztürk. Die dritte Person hieß ebenfalls Meryem Öztürk, jedoch wurde sie auf dem Bewerbungsfoto mit Kopftuch abgebildet. Die Bewerbungen der drei Personen basierten ansonsten auf denselben Qualifikationen. Die Ergebnisse zeigen, wie sich der Name und auch das Tragen eines muslimischen Symbols auf den Erfolg der Bewerbung auswirken: Auf ihre Bewerbungsschreiben erhielt Sandra Bauer zu 18,8 Prozent eine positive Rückmeldung, wohingegen dieser Wert bei Meryem Öztürk, die kein Kopftuch trug, bei 13,5 Prozent lag. Das zeigte, dass allein der Name der bewerbenden Person einen Einfluss auf die Anzahl der positiven Rückmeldungen bei Bewerbungen ausübt. Am wenigsten Einladungen zu einem Vorstellungsgespräch erhielt Meryem Öztürk, die auf dem Bewerbungsfoto mit einem Kopftuch abgebildet war: bei ihr lag dieser Wert bei lediglich 4,2 Prozent. Das bedeutet, dass die fiktive Kopftuch-tragende Frau mit dem türkischen Namen trotz gleicher Qualifikationen 4,5-mal mehr Bewerbungen verschicken musste als die fiktive Person mit einem deutschen Namen und ohne Kopftuch, um dieselbe Anzahl an positiven Rückmeldungen zu erreichen. Die Studie weist darüber hinaus

auf ein weiteres ausschlaggebendes Phänomen hin: das Tragen eines Kopftuchs wirkte sich negativer aus, je höher der berufliche Status war, auf den sich die Kandidatin beworben hatte (vergleiche Weichselbaumer 2016: 12f.).

Im Hinblick auf einen spezifischen antimuslimischen Rassismus ist die Datenlage im Kontext von Erwerbstätigkeit ansonsten schwierig (vergleiche Peucker 2010: 17f.). Eine 2010 von der Antidiskriminierungsstelle des Bundes publizierte Meta-Studie kommt dennoch zu dem Schluss, dass Muslim_innen überdurchschnittlich häufig Arbeiter, seltener Angestellte sind, ein höheres Risiko einer Erwerbslosigkeit haben, und zu einem größeren Teil in Anstellungen geringfügiger Beschäftigung sowie häufiger im Schichtdienst tätig sind. Diese Tendenzen sind bei Frauen noch stärker ausgeprägt als bei Männern (ebenda: 19 fort folgende). Musliminnen mit Kopftuch berichten im Hinblick auf die Arbeitswelt von den stärksten Diskriminierungserfahrungen (ebenda: 49).

Die Friedrich-Ebert-Stiftung publiziert seit 2006 etwa alle zwei Jahre Ergebnisse ihrer sogenannten Mitte-Studien, in der sie rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen untersucht. Zuletzt wurde 2021 ein Bericht veröffentlicht, der sich auf die repräsentative Umfrage im Zeitraum von Dezember 2020 bis Frühjahr 2021 bezieht (vergleiche Friedrich-Ebert-Stiftung 2021). Während die Autor_innen schreiben, dass die Zustimmung zu rassistischen Aussagen im Allgemeinen eher klein ausfällt, ist zugleich folgendes Ergebnis auffällig: „Erstaunlich hoch sind allerdings die Zustimmung und auch die geringere Ablehnung von Vorurteilen gegen Asylsuchende und Muslim_innen.“ (Zick/Küpper 2021: 187). Der Prozentsatz der Antipathie gegenüber Muslim_innen lag bei 21,5 Prozent (vergleiche ebenda).

Auch der Bereich der qualitativen Forschung – und somit der Grundlagenforschung – ist in der Regel nicht auf einzelne Städte oder Bundesländer bezogen. Die hier vorliegenden Befunde zum antimuslimischen Rassismus weisen darauf hin, dass in der Bundesrepublik ein antimuslimisch-rassistischer Diskurs etabliert ist, der im Internet, in Schulbüchern, in politischen Programmen, Kunst und Kultur sichtbar wird (vergleiche beispielsweise Attia 2009, Schneiders 2009, Kröhnert-Othman/Kamp/Wagner 2011, Shooman 2014).

Gegenwärtig sind rechtspopulistische- und extreme Positionen immer häufiger und stärker von antimuslimischen Einstellungen gekennzeichnet (Achour 2019: 169). Dies zeigt sich beispielsweise an der rechtsextremen Protestbewegung „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ kurz PEGIDA und dem Parteiprogramm sowie der politischen Agitation der AfD. In der Folge werden Muslim_innen und als muslimisch markierte Menschen häufig zur Zielscheibe rechtsextremer Bedrohungen und Gewalttaten (Attia/Häusler/Shooman 2014).

⁴ Die Befunde der vorliegenden Untersuchung führen für Berlin in vielen Punkten zu analogen Schlussfolgerungen, vgl. v.a. Kapitel 5.

Von antimuslimischem Rassismus sind Frauen in stärkerem Ausmaß betroffen, der hier allerdings auch eindeutiger als solcher identifizierbar ist. Gleichzeitig ist von einer Intersektionalität von Diskriminierungserfahrungen auszugehen, nicht nur im Hinblick auf die Kategorie „Geschlecht“ (Winterhagen/Ceyhan 2020: 21).

2.2 Antimuslimischer Rassismus – Befunde zum Land Berlin

Das Land Berlin zeichnet sich durch das Landesantidiskriminierungsgesetz aus, das das allgemeine Antidiskriminierungsgesetz ergänzen soll. Beratungsstellen verweisen an mehreren Stellen darauf und benennen es als fortschrittlich und innovativ (Winterhagen/Ceyhan 2020: 32, 37). Gleichzeitig hat das 2005 verabschiedete Berliner Neutralitätsgesetz spezifisch negative Auswirkungen auf muslimische Frauen, die das Kopftuch tragen: Sie werden aus Berufen in öffentlichen Diensten (beispielsweise Lehrerin an öffentlichen Schulen oder Polizistin) ausgeschlossen (vergleiche Mühe 2010: 23).

Islamfeindliche Straftaten & Meldungen bei der Antidiskriminierungsstelle des Bundes

Zwar geht aus der Statistik zu Islamfeindlichen Straftaten hervor, in welchem Bundesland der Vorfall gemeldet wurde, doch die Zahlen werden nicht speziell für jedes Bundesland separat aufgelistet. Auch für die bei der Antidiskriminierungsstelle gemeldeten Fälle gibt es keine Daten explizit zu Berlin. Aus der Recherche eines Fachmagazins geht hervor, dass von den bundesweit im ersten Halbjahr 2021 insgesamt 212 gemeldeten islamfeindlichen Straftaten 49 Fälle aus Berlin stammen (vergleiche Islamiq 2021).

Meldungen bei unabhängigen Meldestellen/Beratungsstellen

Der Verein Inssan e. V. erfasst über sein Meldeportal seit 2016 antimuslimische Angriffe in Berlin. Die Zahlen nehmen stetig zu: 2020 gingen trotz Pandemie und Ausgangsbeschränkungen 228 Fälle ein – verglichen mit 265 Fällen in 2019 und 176 Fällen in 2018 (vergleiche Antidiskriminierungsverband ohne Jahr). Beinahe die Hälfte (48,7%) und damit der Großteil der 2020 gemeldeten Vorfälle, fanden im Bereich sozialer Nahraum statt, das heißt in der Öffentlichkeit wie beispielsweise auf der Straße, in öffentlichen Verkehrsmitteln oder in der Nachbarschaft (vergleiche ebenda). Die restlichen Vorfälle teilen sich wie folgt auf: 16% aus dem Bereich Güter- und Dienstleistungen, 12% aus dem Bereich Bildung, 11,4% aus dem Bereich „Online“ und 10,9% aus dem Bereich Arbeit (vergleiche ebenda). Der Anteil der Meldungen von Männern betrug lediglich 13% (vergleiche ebenda).

Ebenso wie bundesweit fehlt es auch in Bezug auf einzelne Länder wie Berlin nach wie vor an übersichtlichen und niedrigschwelligen Erhebungen zu antimuslimischem Rassismus oberhalb und unterhalb der Strafbarkeitsgrenze. Eine Ausnahme ist die 2010 veröffentlichte Studie „Muslime in Berlin“, die vom Open Society Institute publiziert wurde. Diese basiert auf einer dreijährigen Forschung im Rahmen der Reihe „Muslime in Städten der EU“ und bezieht sich auf den Stadtteil Kreuzberg (vergleiche Mühe 2010: 5). Dafür wurden 100 Muslim_innen und 100 Nicht-Muslim_innen befragt und sechs Fokusgruppen-Interviews mit Muslim_innen durchgeführt. Diese wurden mit 19 Leitfadenterviews mit Personen der Berliner Lokalpolitik, diversen Nichtregierungsorganisationen, muslimischen Vereinen und Gemeinden sowie aus anderen relevanten Bereichen ergänzt. Die Ergebnisse werden bezogen auf die Bereiche Identität, Zugehörigkeit und Interaktion, Bildung, Arbeit und Beschäftigung, Gesundheit und soziale Sicherheit, Wohnungswesen, Polizei und Sicherheit, Teilhabe und Staatsbürgerschaft sowie Medien dargestellt.

Bezogen auf Identität, Zugehörigkeit und Interaktion wird Folgendes festgehalten: Muslim_innen identifizieren sich stark mit ihrem Bezirk, die Mehrheit fühlt sich zudem mit der Stadt Berlin stark verbunden. Gleichzeitig fühlen sich weniger Teilnehmende stark oder relativ stark zu Deutschland zugehörig (vergleiche ebenda.: 54, 59f.). Bezüglich Integration kommt die Studie zu dem Ergebnis, „dass es für die Integration und Identifikation von großer Wichtigkeit ist, dass Menschen die Gelegenheit bekommen, sich frei und positiv mit verschiedenen kulturellen (religiösen und anderen) Hintergründen gleichzeitig zu identifizieren“ (ebenda: 53).

Wie auch in diversen anderen Studien wird hier auf Diskriminierung im Bildungsbereich aufmerksam gemacht. Insbesondere Kopftuch-tragende Schüler_innen fühlen sich als unterdrückt und wenig intelligent stigmatisiert (vergleiche ebenda: 83).

Im Bereich der Arbeit und Beschäftigung wäre, so die Studie, eine bessere Aufklärung bezüglich diverser Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten hilfreich. Lückenhaftes Wissen zu Karriere-möglichkeiten wirkt sich auf die Teilhabe am Arbeitsmarkt aus (vergleiche ebenda: 89). Auch wenn in diesem Bereich das Tragen eines Kopftuchs ebenfalls einen Aspekt darstellt, ist es nicht der einzige Marker für Diskriminierungserfahrungen. Auch Personen, die sich nicht zum Islam bekennen und keine religiösen Zeichen tragen, berichten von Exklusionsgefühlen im Arbeitsmarkt (vergleiche ebenda: 100). Die Studie plädiert auf dieser Grundlage für das Einrichten einer Beratungsstelle für Betroffene von religiöser (insbesondere antimuslimischer) Diskriminierung und Rassismus (vergleiche ebenda: 104).

In Bezug auf Gesundheit und soziale Sicherheit stellt die Studie fest, dass generell eine große Zufriedenheit im Gesundheitsbereich (insbesondere bezogen auf Krankenhäuser) besteht (vergleiche ebenda: 105), wenngleich auch hier Diskriminierungswahrnehmungen beschrieben wurden (vergleiche ebenda: 107). Das vorhandene Angebot für Jugendliche hingegen stellte mehr

als die Hälfte der muslimischen Teilnehmenden unzufrieden. Hier wurde die Qualität und die Anzahl der Jugendeinrichtungen bemängelt (vergleiche ebenda: 112).

Im Bereich des Wohnungswesens überrascht es vor dem Hintergrund anderer Befunde nicht, dass auch hier von Diskriminierungserfahrungen berichtet wird (vergleiche ebenda: 115).

Im Themenfeld Polizei und Sicherheit zeigen sich folgende Ergebnisse: „Das Thema Polizeiarbeit ist für Muslime in Kreuzberg besonders relevant.“ (ebenda: 121). Ein Teil sowohl der Muslim_innen (40 Prozent) als auch der Nicht-Muslim_innen (35 Prozent) waren mit der Arbeit der Polizei bezogen auf ihre Fälle nicht zufrieden. Auch das Vertrauen in die Polizei fiel bei Muslim_innen und Nicht-Muslim_innen ähnlich stark aus (vergleiche ebenda: 121f.). Die Teilnehmenden berichteten außerdem von diskriminierender und rassistischer Behandlung durch die Polizei (vergleiche ebenda: 124).

Auch im Bereich Teilhabe und Sicherheit wird von Diskriminierung berichtet: Bezogen auf die Ausländerbehörde erzählten mehrere Teilnehmende von religiöser Diskriminierung (vergleiche ebenda: 131).

Zuletzt wird der Bereich Medien behandelt. Hier wird erläutert, dass die Darstellung von Muslim_innen in den Medien von den muslimischen Bewohner_innen als ein wichtiges Thema angesehen wird. „Dabei geht es sowohl um die fehlende Repräsentation von Muslimen unter den Mitarbeitern als auch die negative Darstellung von Muslimen innerhalb der Medienberichterstattung.“ (ebenda: 146).

Zusammenfassend hält die Studie fest, dass mehr als die Hälfte der muslimischen Teilnehmenden von rassistischer und religiöser Diskriminierung berichtete (vergleiche ebenda: 156). Obwohl Berlin gleichzeitig dadurch hervorsticht, dass es eins der ersten Bundesländer war, „die innerhalb der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales eine Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung einrichtete[n].“ (ebenda: 154) zeigt die Studie außerdem, dass viele muslimische Organisationen von der Teilhabe an integrativen und sozialen Projekten und der öffentlichen Diskussion in vielen Bereichen ausgeschlossen werden, da sie durch die Erwähnung in Berichten des Verfassungsschutzes Stigmatisierungen erfahren. Dies kann finanzielle Folgen mit sich bringen, was sich auf muslimische Organisationen, die hauptsächlich ehrenamtlich arbeiten, besonders stark auswirkt (vergleiche ebenda: 161). Auch wenn Muslim_innen, so die Autorin, multikausale Exklusionserfahrungen hauptsächlich als antimuslimisch wahrnehmen (vergleiche ebenda: 23), erfahren sie insbesondere im Bildungsbereich Diskriminierungen tatsächlich dezidiert aufgrund ihrer Religion. Hier wird auf die Notwendigkeit von Interventionen und Antidiskriminierungsprogramme hingewiesen (vergleiche ebenda: 161).

3. ÜBERSICHT ÜBER DAS BERATUNGSANGEBOT (ZU ANTIMUSLIMISCHEM RASSISMUS) IN BERLIN

Durch den Abgleich von Wünschen und Bedürfnissen der Betroffenen (Kapitel 4) und den verfügbaren Beratungsangeboten sollen in der vorliegenden Expertise zum einen Gelingensfaktoren und zum anderen Hindernisse und Lücken von bestehenden Beratungsangeboten identifiziert werden. Insofern erscheint es geboten, zunächst die Beratungsstruktur in Berlin genauer in den Blick zu nehmen, um anschließend Handlungsempfehlungen unter Berücksichtigung der Bedarfe von Betroffenen des antimuslimischen Rassismus herausarbeiten zu können (Kapitel 5).

Im nachfolgenden Teil werden die Beratungsstellen, welche vermutlich primär von Betroffenen von antimuslimischem Rassismus aufgesucht werden, benannt. Dies sind einerseits Beratungsinstitutionen, die im Bereich Antidiskriminierung tätig sind, andererseits Opferberatungsstellen sowie Beratungsstellen für Betroffene rechter Gewalt und (antimuslimischen) Rassismus (siehe unten). Zudem gibt es weitere Institutionen, die Teil der Beratungslandschaft in Berlin sind, allerdings entweder einen anderen Beratungsfokus haben oder Multiplikator_innen, Einrichtungen oder ähnliches ansprechen (siehe Anhang 6).⁵ Bereits die Auflistung zeigt, wie breit gefächert die Berliner Beratungsangebote sind und welche Stellen von Betroffenen des antimuslimischen Rassismus in Betracht gezogen werden können.

3.1 Die Berliner Beratungsstruktur in Bezug auf Betroffene von antimuslimischem Rassismus

Altersbedingte Diskriminierung betrifft Kinder, aber auch Senior_innen. Sie können sich bei Diskriminierungsfällen gezielt an bestimmte Institutionen wenden und sich in diesen beraten lassen (siehe Anhang 6). Auch Menschen, die aufgrund ihrer körperlichen und/oder geistigen Behinderung diskriminiert werden, können sich in Berlin an spezifische Beratungsstellen wenden (siehe Anhang 6). Da antimuslimischer Rassismus

⁵ Um im vorliegenden Kapitel eine bessere Übersicht gewährleisten zu können, werden Beratungsstellen mit den Arbeitsschwerpunkten altersbedingte Diskriminierung, Diskriminierung von queeren Menschen, Diskriminierung aufgrund von körperlicher und/oder geistiger Behinderung und geschlechterbezogene Diskriminierung im Anhang 6 aufgelistet.

häufig verschränkt mit anderen Ungleichheitsdimensionen – wie etwa Adultismus/altersbezogener Diskriminierung – auftritt, kommen auch diese Beratungsstellen für Betroffene von antimuslimischem Rassismus in Frage. In der Berliner Beratungslandschaft sind Beratungsstellen, die bei geschlechterbezogener Diskriminierung und Gewalt von betroffenen Frauen aufgesucht werden können, vergleichsweise gut vertreten (siehe Anhang 6). In Anbetracht der Tatsache, dass besonders häufig Kopftuch tragende Muslim_innen antimuslimischem Rassismus ausgesetzt sind, kann diese Beratungs-Infrastruktur eine wichtige Anlaufstelle für sie darstellen – wenn sie sich entsprechend aufstellt. Auch aufgrund sexueller Orientierung und/oder (nichtbinärer) Geschlechtsidentität machen Menschen in den unterschiedlichsten Kontexten Diskriminierungserfahrungen, auch Muslim_innen. In Berlin sind mehrere Institutionen im Bereich der LGBTIQ-Rechte und der Antidiskriminierung aktiv und bieten in diesem Zusammenhang auch Beratungen an (siehe Anhang 6). Auch diese Institutionen können potenziell Anlaufstellen für von antimuslimischem Rassismus betroffenen Personen sein.

Hinzu kommen Beratungsinstitutionen, die in Fällen von Diskriminierungserfahrungen unterschiedlicher Art aufgesucht werden können. In Berlin existieren solche Beratungsstellen, die merkmalsübergreifend Beratungen anbieten, sodass sie sowohl in Fällen rassistischer, sexistischer als auch behindertenfeindlicher oder ähnlicher Diskriminierungserfahrungen aufgesucht werden können. Darunter fallen:

- Landesstelle für Gleichbehandlung gegen Diskriminierung
- ADAS Anlaufstelle Diskriminierungsschutz an Schulen
- Antidiskriminierungsstelle des Bundes (Bundesweit)
- ADVD - Antidiskriminierungsverband Deutschland
- Erstberatung bei Diskriminierung an der Alice-Salomon-Hochschule Berlin
- Fachstelle gegen Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt. Fair mieten – Fair wohnen
- Berlin gegen Hassgewalt – Soforthilfe für Betroffene
- KiDs – Kinder vor Diskriminierung schützen!

Gerade in Anbetracht der in Kapitel 2 dargestellten Situation wird deutlich, dass Betroffene des antimuslimischen Rassismus auch physischen Übergriffen ausgesetzt sind. Zwar sind die nachfolgenden Opferberatungsstellen zielgruppenunspezifisch, können jedoch insbesondere in Hinblick auf Straf- und Gewalttaten von Betroffenen antimuslimischer Übergriffe als Anlaufstelle wahrgenommen werden:

- Opferhilfe Berlin e. V.
- Weisser Ring e. V.
- Berliner Krisendienst
- Gewaltschutzambulanz der Charité

Die Berliner Beratungslandschaft enthält zudem Beratungsstellen, die spezifisch Betroffenen rechter Gewalt zur Seite stehen:

- Reach Out – Opferberatung und Bildung gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus
- MBR – Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus
- OPRA – Psychologische Beratung für Opfer rechtsextremer, rassistischer & antisemitischer Gewalt
- VBRG – Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt
- Gegen Vergessen für Demokratie (Online Beratung gegen Rechtsextremismus)
- CURA – Opferfonds für Betroffene rechter Gewalt

Ferner beraten Institutionen verschiedene von rassistischer Diskriminierung betroffene Personen(-gruppen) wie Schwarze, People of Color, Muslim_innen, Rom_nja_, Sinti_ze, Jüd_innen und Menschen mit Migrationsgeschichte. Daneben gibt es auch zielgruppenspezifische Angebote, die beispielsweise ausschließlich Betroffene antisemitischer, antiziganistischer oder ähnlicher Diskriminierung beraten.

- ADNB – Antidiskriminierungsnetzwerk Berlin des TBB (Türkischen Bund Berlin-Brandenburg)
- Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration & Demokratie (RAA) Berlin e. V.
- BDB – Bund für Antidiskriminierungs- und Bildungsarbeit in der BRD
- Beratungsstelle für Migrant/innen von Arbeit und Leben Berlin (DGB/VHS)
- AWO Migrationsberatung
- RIAS – Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus

- OFEK – Beratungsstelle bei antisemitischer Gewalt und Diskriminierung
- Each One Teach One e. V. – Antidiskriminierungsberatung für Schwarze, Afrikanische und Afrodiasporische Menschen
- Amaro Foro e. V. – Beratung bei antiziganistischer Diskriminierung
- Inssan e. V. – Netzwerk gegen Diskriminierung und Islamfeindlichkeit
- Mutes – Muslimisches Seelsorge Telefon
- REDAR – Recherche- und Dokumentationsprojekt antimuslimischer Rassismus von Transaidency e. V.
- iReport der CLAIM Allianz

Schließlich stehen für Betroffene des antimuslimischen Rassismus auch spezifische Beratungs- und Meldeinstitutionen zur Verfügung. Neben dem Melden von antimuslimischen Diskriminierungen und Erfahrungen, können Betroffene in diesen Institutionen teilweise auch psychosoziale und/oder rechtliche Beratungsangebote in Anspruch nehmen:

Die Verteilung aller genannter Beratungsstellen ist in der folgenden Stadtkarte abgebildet:



Bildquelle: https://commons.wikimedia.org/wiki/Maps_of_Berlin?uselang=de#/media/File:BerlinDistricts.png; eigene Bearbeitung

In Bezug auf die räumliche Verteilung der Beratungsinstitutionen ist besonders auffällig, dass die meisten Organisationen in den Stadtteilen Berlin-Mitte und den umliegenden Stadtteilen (Moabit, Tiergarten, Kreuzberg) vertreten sind. Darin zeigt sich, dass die Berliner Beratungsinstitutionen wenig breiflächig vertreten sind, sondern sich eher auf den Kern von Berlin zentrieren. Ausnahmen bilden einige wenige Beratungsstellen in den Stadtteilen Marzahn-Hellersdorf und Steglitz-Zehlendorf.

Die folgende Stadtkarte zeigt die Verteilung der im engeren Sinne für Betroffene von antimuslimischem Rassismus relevanten Beratungsstellen (Allgemeine (merkmalsübergreifenden) Opferberatung, zielgruppenspezifische Beratungsstellen für Opfer von Straf- oder Gewalttaten und für Opfer rechter Gewalt sowie Beratungsstellen für Betroffene von antimuslimischem Rassismus):



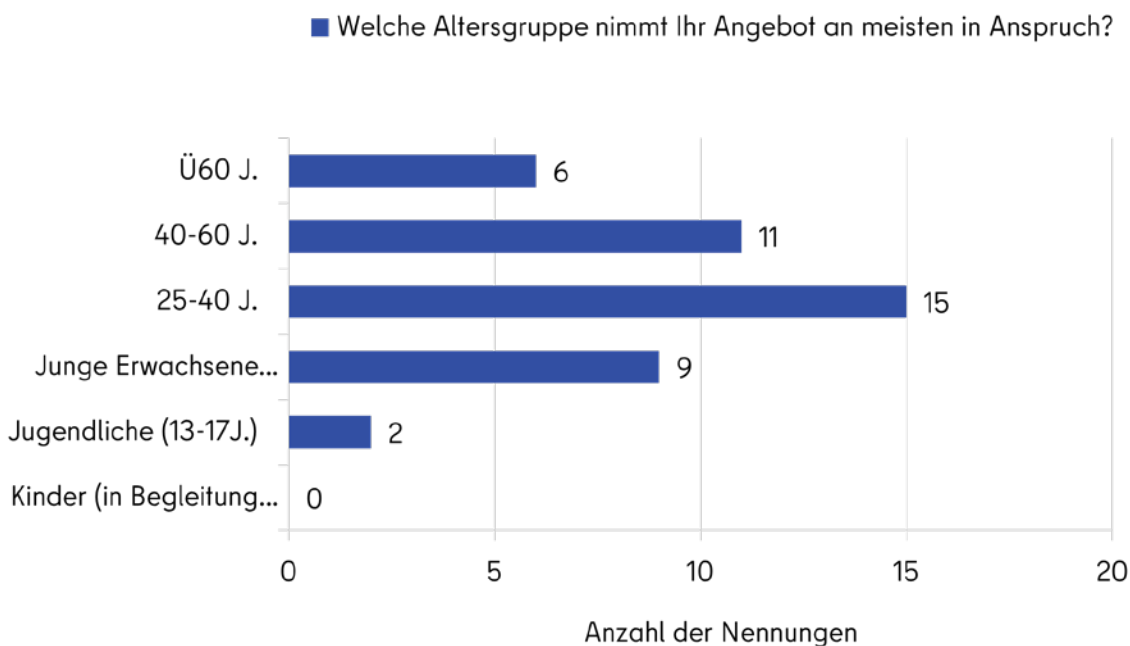
Bildquelle: https://commons.wikimedia.org/wiki/Maps_of_Berlin?uselang=de#/media/File:BerlinDistricts.png; eigene Bearbeitung

Auch hier ist augenfällig, dass der Großteil der Beratungsstellen im Zentrum von Berlin lokalisiert ist, was die Erreichbarkeit aus bestimmten Stadtteilen beeinträchtigt.

3.2 Ausgewählte Ergebnisse der Umfrage zu Beratungsangeboten in Berlin

Um die Berliner Beratungsstruktur auch in Hinblick auf antimuslimischen Rassismus genauer abbilden zu können, wurde eine Online-Umfrage an ausgewählte Berliner Beratungsstellen versendet. Insgesamt haben 15 Beratungsinstitutionen an der Online-Umfrage teilgenommen. Die Arbeitsschwerpunkte waren folgendermaßen verteilt: jeweils fünf Institutionen mit den Arbeitsschwerpunkten Allgemeine Opferberatung und Diskriminierung, drei Institutionen mit dem Arbeitsschwerpunkt Rechte Gewalt und eine Institution mit dem Arbeitsschwerpunkt Antimuslimischer Rassismus. Eine Institution machte keine Angabe zu dem Arbeitsschwerpunkt.⁶

Ziel der Umfrage war es, die Arbeits- und Tätigkeitsbereiche der Beratungsinstitutionen besser darzustellen, insbesondere in Bezug auf Aspekte, die im Zusammenhang mit antimuslimischem Rassismus von besonderer Bedeutung sind (zum Beispiel wie viele Mitarbeitende spezifische fachliche Qualifikationen in Hinblick auf (antimuslimischen) Rassismus haben). Die Ergebnisse der Online-Umfrage⁷ verdeutlichen, dass die Kohorte der 25-40 Jährigen, die zirka 25 Prozent der Berliner Bevölkerung ausmacht⁸, Beratungsangebote im Vergleich zu anderen Altersgruppen relativ häufig in Anspruch nimmt. Auch die Gruppe der jungen Erwachsenen (18-25 Jahre), die zirka 7 Prozent der Berliner Bevölkerung ausmacht, nutzt das Angebot vergleichsweise häufig. Ältere Personen kontaktieren, gemessen an ihrem Bevölkerungsanteil, sehr viel seltener Beratungsstellen



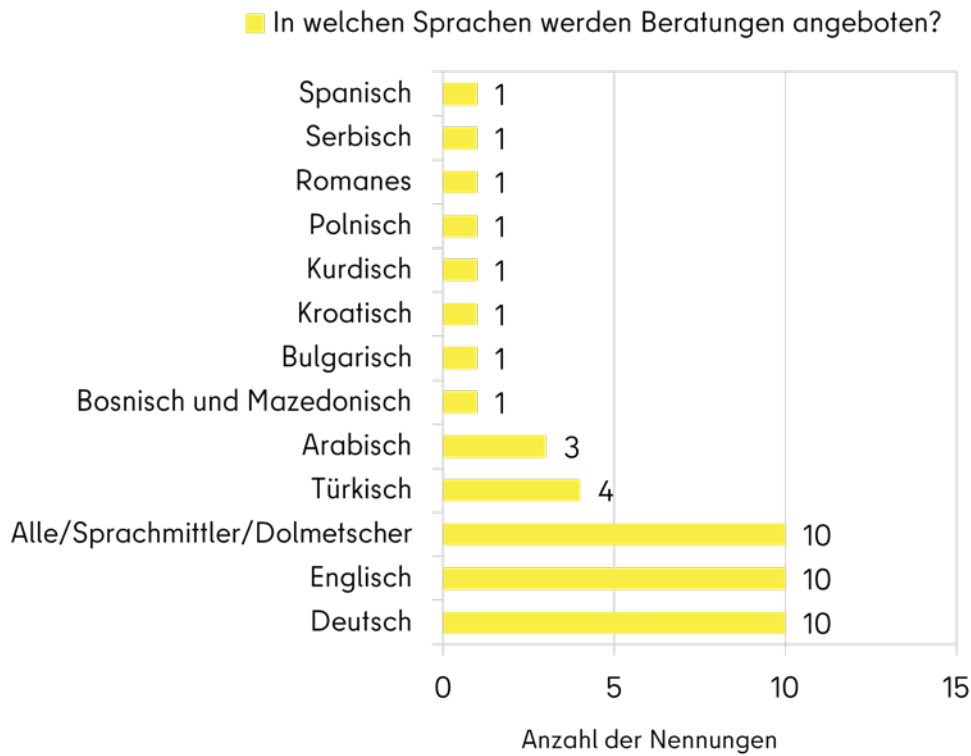
⁶ Bei einer der Organisationen gab es beim Ausfüllen der Online-Umfrage technische Probleme; nicht alle Antwortmöglichkeiten ließen sich auswählen.

⁷ Fragenkatalog siehe Anhang

⁸ <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1095771/umfrage/bevoelkerung-berlins-nach-altersgruppen/>

Die nachfolgende Grafik verdeutlicht, dass die meisten Beratungsstellen in Deutsch oder Englisch beraten respektive auf Sprachmittler_innen zurückgreifen können.

Das anderssprachige Angebot an Beratungen ist, gemessen an der Sprachenvielfalt Berlins, deutlich eingeschränkt.



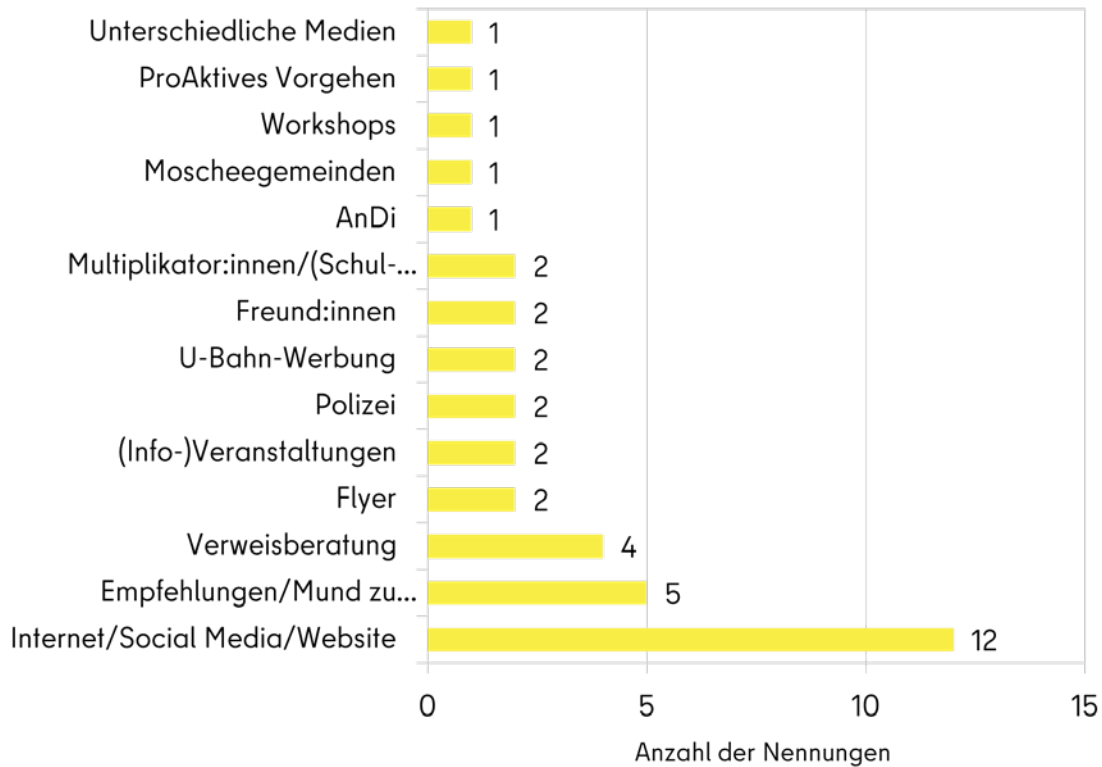
In der Literatur wird häufig betont, dass die eigene (potenzielle) Betroffenheit der beratenden Personen von der jeweiligen Gewalt- und Diskriminierungsform in der Beratungsarbeit von Relevanz ist (Winterhagen/Ceyhan 2021; Dib/Benbrahim 2022; Köbberling/Najibullah/Sarma/Shamu 2022; siehe hierzu auch Kapitel 4 dieser Expertise). Vor diesem Hintergrund wurden die einschlägigen Beratungseinrichtungen gefragt, wie hoch der Anteil an Schwarzen Menschen und/oder People of Color der Beratenden der jeweiligen Einrichtung ist.⁹ Hier zeigt sich ein zweigeteiltes Bild: Während der Anteil von Black and People of Color bei den Beratungsstellen, in denen es spezifisch um (antimuslimischen) Rassismus/

rechte Gewalt geht, hoch ausfällt, sind sie, gemessen am Bevölkerungsanteil, in den „allgemeinen“ Beratungsstellen deutlich unterrepräsentiert (siehe hierzu auch Kapitel 5 dieser Expertise).

Die meisten Beratungseinrichtungen erreichen ihre Adressat_innen über Online-Werbemaßnahmen. Andere Formen der Sichtbarmachung des eigenen Angebots wie Workshops, proaktives Vorgehen, Kontakte zu Moscheegemeinden und Sichtbarwerdung in sozialen Bewegungen sind bisher in der Breite weniger ausgeprägt.

⁹ Eine Betroffenheit von Rassismus allgemein, nicht zwangsläufig speziell von antimuslimischem Rassismus wurde hier also als „Betroffenheit von der jeweiligen Gewalt- und Diskriminierungsform“ konzeptualisiert aufgrund der Tatsache, dass auch antimuslimischer Rassismus nicht auf alle potenziell Betroffenen gleich wirkt. (Antimuslimischer) Rassismus äußert sich intersektional; (gemeinsame) Betroffenheit und Vertrauensbildung wird ebenfalls anhand unterschiedlicher Differenzlinien konstruiert. So macht Sarma (2022: 135) darauf aufmerksam, dass quer zu rassismusbezogenen Kategorisierungen etwa die Kategorie „Muttersein“ von großer Bedeutung im Beratungsprozess sein kann.

■ Wie werden die meisten Beratungssuchenden auf Sie aufmerksam?



Die Mehrheit der teilnehmenden Institutionen finanziert sich über Projekte (10 Nennungen), lediglich drei Teilnehmende gaben an, dass ihre Einrichtung über eine Dauerfinanzierung verfügt.

Mit der Möglichkeit der freien Texteingabe wurde danach gefragt, welche Gruppen die Angebote der Beratungsstellen primär in Anspruch nehmen. Während einige Antworten lediglich einmal angegeben wurden, wiederholten sich andere. Folgendes wurde genannt:

- Studierende und Mitarbeitende von Hochschulen (Arbeitsschwerpunkt Diskriminierung)
- Menschen in psychosozialen Krisen (Arbeitsschwerpunkt wurde nicht genannt)
- zwei Mal wurde die Antwort „Geschädigte von Straftaten“ genannt (beide mit dem Arbeitsschwerpunkt Allgemeine Opferberatung) und dazu Zeug_innen und deren Angehörige (Arbeitsschwerpunkt Allgemeine Opferberatung)
- alle Bürger_innen, die sich durch Berliner Behörden diskriminiert fühlen (Arbeitsschwerpunkt Diskriminierung)
- auch Verwaltungen und Schulen wurden zwei Mal genannt:
 - Verwaltungen, Justiz, Kommunal- und Landespolitik; Nichtregierungsorganisationen und Vereine; Schulen, Hochschulen; Einrichtungen aus Kunst, Kultur und Geschichte; Kirche, Wohlfahrtsverbände und Soziale Arbeit; Unterkünfte für Geflüchtete; Sportvereine; Gastronomie, Veranstaltungsorte, Dienstleistungs- und Sicherheitsunternehmen; Betriebe, Unternehmen und Gewerkschaften; Zivilgesellschaft, Initiativen und Bündnisse; Einzelpersonen (Arbeitsschwerpunkt Rechte Gewalt)
 - Verwaltungen, Schulen, Familien, Kinder und Jugendliche, Communityarbeitende (Arbeitsschwerpunkt Diskriminierung)

- in zwei Antworten wurden explizit männliche Beratungssuchende angegeben:
 - Opfer rassistischer Gewalt, vorwiegend männlich (Arbeitsschwerpunkt Rechte Gewalt)
 - Männliche, mittelalte Opfer rechter rassistischer Gewalt und Opfer rassistischer Polizeigewalt (Arbeitsschwerpunkt Rechte Gewalt)
- am meisten (vier Nennungen) wurden Frauen als die „Gruppe“ angegeben, die am meisten Beratung aufsucht. Dabei fällt auf, dass die Arbeitsschwerpunkte der antwortenden Institutionen sich unterscheiden. Sowohl in der Allgemeinen Opferberatung, als auch in der Beratung bei Diskriminierung und bei antimuslimischem Rassismus suchen hauptsächlich Frauen die Beratungsstellen auf:
 - Frauen (Arbeitsschwerpunkt Allgemeine Opferberatung)
 - Frauen, die Informationen und Beratung in den verschiedensten Situationen ihres Lebens benötigen, auch gewaltbetroffene Frauen (Arbeitsschwerpunkt Allgemeine Opferberatung)
 - Frauen zwischen 20–45 Jahren (Arbeitsschwerpunkt Antimuslimischer Rassismus)
 - Frauen, nicht-binäre, trans und inter Personen (Arbeitsschwerpunkt Diskriminierung)
- Stalking und Cyberstalking, Digitale Gewalt, Häusliche Gewalt, Sexualisierte Gewalt, allgemeine psychosoziale Beratung
- Informationen zum Strafverfahren, Psychosoziale Beratung, Entschädigungsleistungen, Umgang mit der Polizei, Gewaltschutzgesetz, therapeutische Angebote, traumazentrierte Fachberatung
- Arbeitsschwerpunkt Diskriminierung:
 - Diskriminierung nach dem Berliner LADG
 - Themen der Schulsozialarbeit, Diskriminierung an Schulen (Kinder und Jugendliche), auch andere Organisationen, Reflexion für Pädagog_innen mit Rassismuserfahrungen, Alle Fragen rund um Schule (Schuldistanz, Schulwechsel, Anmeldung, Übergänge Kita Schule), rechtliche Fragen von Personen aus der romani-Community, die wohnungslos sind
- Arbeitsschwerpunkt Rechte Gewalt:
 - rassistische Gewalt, Rechte von Geschädigten, Begleitung im Geschädigtenverfahren
 - Unterstützung in den Ermittlungsverfahren, Begleitung zu Anwältinnen, gesundheitliche Folgen der Tat, Begleitung zu Gerichtsverfahren
 - präventive und intervenierende Beratung zu Schutzmaßnahmen gegenüber Rechtsextremen und Rechtspopulist_innen (Maßnahmen zur Eigensicherung aber auch Leitbildentwicklung, Umgang mit krisenhaften Erscheinungen/Krisenkommunikation); Anfeindungen und Bedrohungen; mittel- und langfristige Strategien im Umgang mit Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus, Rechtspopulismus und Verschwörungserzählungen
- Arbeitsschwerpunkt Antimuslimischer Rassismus:
 - Diskriminierungen auf dem Arbeitsmarkt, Wohnungsmarkt, in der Schule

Die Anliegen, die am meisten beraten werden, variieren sehr stark. Einmal wurde angegeben, dass die Hauptberatungsanliegen nicht konkret benannt werden können, da Anfragen zu allen möglichen Lebensbereichen und Diskriminierungsmerkmalen eingehen (Arbeitsschwerpunkt Diskriminierung). Die_der Teilnehmende, bei der_dem der Arbeitsschwerpunkt nicht angegeben wurde, gab als Antwort „psychosoziale Krisen; das heißt zum Beispiel familiäre Konflikte, Krisen in Folge psychischer Erkrankungen, Einsamkeit, Verlust von Angehörigen/nahestehenden Personen, Beratung von Angehörigen/nahestehenden Personen, die sich um Angehörige sorgen“ an. Ansonsten wurden folgende Angaben gemacht (unterschieden nach den Arbeitsschwerpunkten):

- Arbeitsschwerpunkt Allgemeine Opferberatung:

Die Antworten verdeutlichen, dass die unterschiedlichen Beratungsinstitutionen mit sehr unterschiedlichen Beratungs-

anliegen konsultiert werden¹⁰. Während es in Bezug auf die Unterstützung im Strafverfahren Überschneidungen gibt, zeigt sich, dass Beratungsstellen, die zu Diskriminierung, Rechter Gewalt und Antimuslimischem Rassismus arbeiten, häufig nicht nur mit interpersonellen, sondern mit strukturellen und institutionellen Ungleichbehandlungen befasst sind. In der Folge beschäftigen sie sich auch mit mittel- und langfristigen Strategien.

Konkret bezogen auf antimuslimischen Rassismus wurde danach gefragt, welche Zielgruppen verstärkt Beratung aufsuchen. Die Antworten lauteten:

- Alle Geschlechtskategorien, von 18 bis zirka 60 Jahren, gemischt (Arbeitsschwerpunkt Diskriminierung)
- Frauen mit Kopftuch in der Arbeitswelt aus allen Berufsgruppen (Arbeitsschwerpunkt Diskriminierung)
- mehr Frauen, aber vereinzelt auch Männer. Fast alle sind zwischen 20 und 50 Jahren (Arbeitsschwerpunkt antimuslimischer Rassismus)

In der Umfrage wurde ebenfalls erhoben, ob der Beratungsbedarf in Bezug auf antimuslimischen Rassismus gestiegen ist und wenn ja, was die jeweilige Beratungsstelle bräuchte, um dem gestiegenen Beratungsbedarf gerecht werden zu können. Die Antworten auf diese Frage beziehen sich auf die Finanzierung. Vor dem Hintergrund einer Projektfinanzierung wird auf den Bedarf nach struktureller Förderung hingewiesen. Eine Beratungsstelle schreibt zudem: „Unser Beratungsangebot ist nur teilweise gefördert, das meiste ist auf freiwilliger Basis. Das ist nicht nachhaltig. Wir brauchen mehr Stellen, die spezifisch als beratende Stellen definiert sind“. Diese Aussage macht auf das Problem aufmerksam, dass Projektfinanzierungen eine nachhaltige Arbeit verhindern. Die Statistiken zeigen, dass immer mehr Fälle von antimuslimischem Rassismus verzeichnet werden. Von einem nur vorübergehenden oder sinkenden Bedarf ist nicht auszugehen (siehe Kapitel 2). Für eine nachhaltige, zielgruppenspezifische Beratung ist ein etablierte, vernetzte Struktur und kontinuierliche Arbeit unabdingbar.

3.3 Ergebnisse der Mitarbeitendenbefragung

In Berlin existieren zahlreiche Beratungsstellen, die in unterschiedlichen Bereichen tätig sind. Für die Expertise wurden Gespräche mit Vertreter_innen von Berliner Beratungsinstitutionen und weiteren Expert_innen geführt. Dabei handelt es sich nicht nur um solche Institutionen, die Beratung explizit zu antimuslimischem Rassismus anbieten, sondern auch solche, deren Beratungsangebot thematisch breiter aufgestellt ist (siehe oben). Wie stark antimuslimischer Rassismus Fokus der Beratung ist, hängt entscheidend davon ab, wie die Beratungsstelle thematisch ausgerichtet ist. Bei einer von uns interviewten Opferberatungsstelle wurden keine Fälle von antimuslimischem Rassismus verzeichnet, bis ein_e Mitarbeitende_r, der_die selbst eine muslimisch gelesene Person ist, anfang, dort zu arbeiten. Die Beratungsstelle, die Beratung für Betroffene rechter Gewalt anbietet, ist unter anderem auf Rassismus spezialisiert und kann dementsprechend viel über Fälle von antimuslimischem Rassismus berichten, zumal Berater_innen der Institution im Themenfeld über öffentlich sichtbare Expertise verfügen. Eine andere Institution bietet wiederum explizit juristische Beratung an und hat entsprechend viele Fälle im Bereich Arbeit und antimuslimischer Rassismus. Die Gespräche mit den Beratungsinstitutionen zum Thema antimuslimischer Rassismus fielen dementsprechend sehr unterschiedlich aus. Im Folgenden werden die Ergebnisse der Mitarbeitendeninterviews dargestellt.

Bekanntheit der Beratungsstellen

Auf die Frage, wie die Beratungsstellen ihre Zielgruppe(n) erreichen, werden zumeist die gleichen Kontaktmöglichkeiten genannt. Diese sind digitale Möglichkeiten wie Flyer, Website, die BIG-Hotline (bei häuslicher Gewalt/für gewaltbetroffene Frauen) und die neue AnDi Applikation, als auch analoge Wege wie Anrufe und persönliche Vorstellung. Es wird über Werbeplakate und Empfehlungen (Mund zu Mund Kommunikation) auf die entsprechenden Stellen aufmerksam gemacht und von anderen Beratungsstellen, der Gewaltschutzambulanz oder der Polizei verwiesen. Spezialisierte Beratungsstellen haben von Anfang an mit potenziell betroffenen Communities zusammengearbeitet und so ihre Bekanntheit vergrößert.

¹⁰ Auf die Frage, wie viele Anfragen zu antimuslimischem Rassismus durchschnittlich pro Jahr eingehen, haben fünf Institutionen geantwortet. Die Antworten variieren sehr stark: Zwei Mal wurde 5 angegeben (beide Arbeitsschwerpunkt Allgemeine Opferberatung, Mitarbeitende: 5-10 und 10-15); einmal wurde 20 angegeben (Arbeitsschwerpunkt Diskriminierung, Mitarbeitende: 5-10); einmal wurde 50 angegeben (Arbeitsschwerpunkt Antimuslimischer Rassismus, Mitarbeitende: 5-10); und einmal wurde 150 angegeben (Arbeitsschwerpunkt Diskriminierung, Mitarbeitende: 5-10)

Erfahrungen, von denen Betroffene in Beratungsgesprächen berichten

Die Erfahrungen, von denen Betroffene in den Beratungsgesprächen berichten, variieren danach, um welches Beratungsangebot es sich jeweils handelt und worin der Arbeitsschwerpunkt der entsprechenden Stelle liegt.

Allgemeine Beratungsstellen erläutern, dass sie nicht nur bei Gewalttaten beraten, sondern bei jeglichen Straftaten (das heißt alles, was strafrechtlich relevant ist) und dass oft bei Angriffen (wie beispielsweise körperlichen Angriffen) oder bei massiven Bedrohungen Beratung aufgesucht wird. Zudem werden vielfach Fälle in der Nachbarschaft bei Beratungsstellen angegeben.

In einer anderen Beratungsstelle, die auf juristische Beratung spezialisiert ist, kommen die meisten Fälle zu antimuslimischem Rassismus aus dem Bereich „Arbeit“. Diese wiederum betreffen zumeist kopftuchtragende Frauen, denen Arbeitsstellen verweigert werden. Der Bereich Arbeit umfasst ebenfalls Fälle von Rassismus in der Aus- und Weiterbildung. Außerdem wird über Mobbing am Arbeitsplatz berichtet, was die Schwierigkeit mit sich bringt, dass es sich um sehr subtile Fälle handelt und die daher oft schwer artikulierbar sind. Ebenfalls wird über Rassismus in Behörden (beispielsweise bei der Einbürgerung) erzählt.

Insgesamt wird somit deutlich, dass sowohl Fälle von institutioneller Diskriminierungen bei Beratungsstellen bearbeitet werden, als auch von individuellen. Die Beispiele reichen von Straftaten, denen juristisch nachgegangen werden kann, bis hin zu subtilen Fällen, deren Bearbeitung schwieriger ausfällt.

Jedoch ist im Zusammenhang rassistischer Diskriminierung das Tatmotiv häufig unklar, bzw. einzelne Aspekte sind aufgrund der Intersektionalität nicht klar voneinander zu trennen. Personen werden nicht nur aufgrund ihres (zugeschriebenen) Muslimisch-Seins rassistisch angegriffen, sondern auch aufgrund anderer (zugeschriebener) Merkmale. Das erschwert ebenfalls die Erfassung entsprechender Fälle.

Biblap Basu, eines der Gründungsmitglieder von ReachOut, der bereits seit über zwanzig Jahren in diesem Bereich tätig ist, merkt an, dass bestimmte gesellschaftliche Ereignisse sich auch auf die Nachfrage nach Beratungen auswirken. Dies werde hauptsächlich bei der Kopftuchdebatte deutlich. Insbesondere dann, wenn dominanzgesellschaftliche Diskurse Kopftuch tragende Frauen als potenzielle Gefahr darstellen, erhält die Beratungsstelle erfahrungsgemäß mehr Anfragen. Gerade in der Zeit, als Medien ständig negative Bilder über Muslim_innen (re)produzierten (man denke an die Cover mit Frauen, die Bomben unter ihren Tüchern verstecken oder

Minaretten, die als Raketen abgebildet wurden), nahm die Zahl der gemeldeten Angriffe zu. Dass muslimische Frauen anderen Karrierewegen nachgehen und sich in gehobenen Positionen bewerben, habe auch dazu geführt, dass sie in entsprechenden Bereichen Diskriminierungen erleben und dass mit gesteigener Sichtbarkeit auch die Anfeindungen gestiegen sind. In diesem Zusammenhang spielen sowohl institutionelle Bestimmungen eine Rolle, als auch politische Debatten und Entscheidungen. Herr Basu beobachtet, dass politische Parteien nicht ausreichend gegen die Anfeindungen und Angriffe vorgegangen sind. Als weiteres Beispiel führt er die Debatten um Clankriminalität an und stellt die Darstellung von muslimischen und migrantisierten Jugendlichen in Zusammenhang mit der Wahl einer Shishabar als Tatort eines rassistisch motivierten Anschlags.

Gleichzeitig merkt Herr Basu an, dass mittlerweile mehr Wissen über die Beratungsangebote besteht und dies auch dazu beiträgt, dass die Nachfragen steigen. Dafür sei es aber auch ein ausschlaggebender Faktor, mit potenziell Betroffenen im aktiven Austausch zu sein und auf verschiedenen Community-Events präsent zu sein.

Hindernisse und Lücken im Beratungskontext

Auch wenn zum Teil ähnliche Herausforderung für Beratungsstellen bestehen, wurde in den Interviews mitunter der Fokus auf verschiedene Anliegen gelegt.

Von dem/der Vertreter_in der allgemeinen Beratungsstelle wurde beispielsweise das geringe Beratungsangebot für Männer bemängelt. Auch sie können, so die entsprechende beratende Person¹¹, Opfer von Straftaten sein und haben keine spezielle Anlaufstelle.

Die Schwierigkeiten, mit denen die Mitarbeitenden konfrontiert sind, beziehen sich auch auf strukturelle und organisatorische Aspekte: die Projektlandschaft sei komplex, so dass die Zuständigkeitsbereiche nicht immer klar voneinander zu trennen seien.

Darüber hinaus wurde über Verbesserungspotenzial im Beratungssetting berichtet. In Bezug auf Zugänglichkeit und Niedrigschwelligkeit (genannt wurden: gut erreichbarer, barrierearmer Ort, angenehme Stimmung, Ruhe und Vertraulichkeit) sind noch nicht alle Möglichkeiten erschöpft.

Ein bekanntes Problem, worauf bereits in anderen Forschungen hingewiesen wurde (beispielsweise Winterhagen/Ceyhan 2020), sind knappe finanzielle Ressourcen, mit denen einige Träger konfrontiert sind. Damit zusammenhängend wurde auch auf personelle und zeitliche Ressourcen verwiesen. Eine

¹¹ Der_die Vertreter_in der Beratungsstelle, der_die diesen Mangel zur Sprache brachte, bietet selbst Beratung für männliche Beratungssuchende an und berichtet, dass beratungssuchende Männer aufgrund des geringen Angebots besonders dankbar für diese Möglichkeit sind.

Stelle, deren Mittel beispielsweise nur für die Registrierung von Fällen vorgesehen ist, kann faktisch keine Kapazitäten für Beratungen aufbringen, auch wenn seitens der Betroffenen der Bedarf besteht. Die Mitarbeitenden dieser Stelle teilten uns mit, dass sie trotz ihrer knappen finanziellen und damit zusammenhängend personellen und zeitlichen Ressourcen ihre Unterstützung anbieten, wenn Betroffene Schwierigkeiten mit dem Meldeformular haben. Außerdem führen sie bei Bedarf zumindest Verweisberatungen durch, weil Betroffene erfahrungsgemäß weniger Fälle melden, wenn nicht zusätzlich Beratung angeboten wird.

Dass über das Thema antimuslimischer Rassismus auch gesamtgesellschaftlich noch kein Konsens besteht, stellt die Mitarbeitenden vor weitere Herausforderungen, angefangen damit, dass mit unterschiedlichen Begriffen und Verständnissen (wie beispielsweise Islamophobie, Islam- beziehungsweise Muslimfeindlichkeit, antimuslimischer Rassismus) gearbeitet wird. Die Mitarbeiter_innen bemängeln zudem, dass das Phänomen in der Gesellschaft und in der Politik häufig noch nicht hinreichend an- und ernst genommen wird.

Biblap Basu hebt besonders die mangelnde Zusammenarbeit vieler Beratungsstellen mit muslimischen Organisationen hervor. „Ich sage: du kannst nicht gegen antimuslimischen Rassismus vorgehen ohne die Muslime. Das heißt, ohne die Organisation der Muslime und die Organisationen der Muslime in Berlin und in Deutschland sind nun mal die Moscheen.“ Gleichzeitig merkt er an, dass nicht alle Muslim_innen in Moscheen organisiert sind, dass diese jedoch Orte für Treffen und Austausch darstellen.

Dass die Beschäftigung mit antimuslimischem Rassismus weder gesellschaftlich noch politisch etabliert ist, hat Folgen für (potenziell) Betroffene, für die Beratungsstruktur, und für die Politik selbst. Betroffene wissen nicht immer, wo sie ihre Fälle melden können und wo sie welche Beratung erhalten. Beratungsinstitutionen wiederum sind vor Herausforderungen gestellt, weil die Erfassung von antimuslimischem Rassismus nicht einheitlich strukturiert ist. Ferner sind spezifische Beratungsangebote teilweise nicht bekannt, eine Vernetzung der Institutionen ist nur teilweise gegeben. Auf politischer Ebene findet keine ausreichende Prävention und Intervention statt, was wiederum weitreichende Auswirkungen mit sich bringt; die Finanzierung einiger Beratungsstellen ist nicht ausreichend gesichert.

Vertrauensaufbau zu Beratungssuchenden

Zusammenhängend mit den Hindernissen und Lücken wurden Aspekte für ein gutes und gelungenes Beratungsgespräch genannt und zusätzlich danach gefragt, wie Vertrauen zwischen Beratenden und Beratungssuchenden hergestellt wird. Dabei wurde zunächst festgehalten, dass ein Grundvertrauen die Voraussetzung für ein Beratungsgespräch darstellt. Ohne dieses würden entsprechende Angebote nicht aufgesucht

werden. Grundsätzlich, so wird berichtet, ist es wichtig, den Beratungssuchenden aktiv zuzuhören und sich dem Menschen im dem Moment komplett zu widmen.

Unsere Interviewpartner_innen erklärten, dass zu Beginn Beratungssuchende darüber aufgeklärt werden, dass der Inhalt des Beratungsgesprächs nicht ohne ihre Zustimmung nach Außen getragen wird. Ebenso sollen sie wissen, dass sie nicht gezwungenermaßen eine Anzeige erstatten müssen, wenn sie dies nicht wünschen und dass die Beratung kostenlos ist. Dementsprechend spielen auch Niedrigschwelligkeit und das Wissen darüber eine bedeutende Rolle. Beratungssuchende müssen keine Papiere oder Dokumente vorzeigen und nicht einmal ihren Namen nennen. Die Beratungen finden unverbindlich und ressourcenorientiert statt. Neben Aufklärung wird auch Transparenz als ein wichtiger Aspekt genannt.

Darüber hinaus schufen analoge, persönliche Gespräche mehr Vertrauen als es während der Corona-Pandemie lediglich über Telefonate möglich war. Bemerkenswert ist ebenfalls, dass Betroffene teilweise nach dem Hintergrund der Beratenen fragen, da mehr Vertrauen aufgebaut würde, wenn diese eigene (potenzielle) Rassismuserfahrungen machen.

Bei den Beratungsgesprächen wird darauf geachtet, auf die Wünsche der Beratungssuchenden einzugehen. Es wird Wert darauf gelegt, sie nicht abzuweisen, wenn beispielsweise in der jeweiligen Beratungsstelle aufgrund des fehlenden thematischen Zusammenhangs keine Beratung angeboten werden kann, sondern die Person an andere Stellen zu verweisen und dennoch Hilfe leisten zu können. Beratungen werden für Betroffene nicht nur einmalig angeboten, sondern können über einen längeren Zeitraum andauern oder bei Wunsch früher abgebrochen werden.

Der Vertrauensaufbau soll also über mehrere Aspekte geschehen. Ein Grundvertrauen ist zwar die Voraussetzung für das Aufsuchen von entsprechenden Angeboten. Dennoch müssen, so die Mitarbeitenden selbst, auch die Beratende darin geschult sein, mit entsprechend vulnerablen Personen umgehen zu können. Dafür sei es nicht nur wichtig, dass Betroffene über ihre Möglichkeiten informiert werden, sondern auch, dass ihnen angemessen zugehört und bedürfnisorientiert gearbeitet wird.

Qualifikation der Mitarbeitenden im Hinblick auf Antimuslimischen Rassismus

Die Antworten auf die Frage, wie die Mitarbeitenden im Hinblick auf Antimuslimischen Rassismus qualifiziert sind, fielen je nach Beratungsstelle, abhängig von Fokus und Erfahrung der Mitarbeitenden, sehr unterschiedlich aus.

In einer Einrichtung, in der allerdings kein Schwerpunkt auf Rassismus gelegt ist, wurde uns mitgeteilt, dass die Mitarbeitenden nicht speziell zum Thema antimuslimischer Rassismus

geschult sind. Interessant ist, dass jahrelang keine Fälle als konkret antimuslimisch-rassistisch kategorisiert wurden und erst die_der Mitarbeitende (die_der als muslimisch gelesene Person), die_der erst seit wenigen Monaten dort tätig ist, bei genauerem Nachfragen Fälle von antimuslimischen Rassismus bemerkt hat. Als Beispiel nennt diese_r Mitarbeitende, dass eine kopftuchtragende Beratungssuchende von einem Angriffsfall berichtete, der als Körperverletzung aufgenommen wurde und erst als er_sie nochmals speziell nachfragte, deutlich wurde, dass es sich um antimuslimischen Rassismus handelte. Der_die Mitarbeitende verdeutlicht auch, dass es wichtig ist, keinen antimuslimischen Fall daraus zu machen, wenn es keiner war, dass aber sensibler darauf geguckt werden könne. Daraus lässt sich schließen, dass a) nicht überall, wo keine Fälle als antimuslimisch kategorisiert werden, auch keine stattgefunden haben und b) dass es teilweise von dem (Erfahrungs-)Wissen der Mitarbeitenden abhängt, wie ein Fall eingeordnet wird.

Andere Stellen wiederum, die hauptsächlich zu antimuslimischem Rassismus beraten, erklären uns, dass alle Mitarbeitenden zu dem Thema beraten können, da sie selbst über (Erfahrungs-)Wissen verfügen und teilweise (auch) ihre akademische Ausbildung zu dem Thema absolviert haben. Ebenso bieten Mitarbeitende speziell zum Thema antimuslimischer Rassismus Beratung an, die über langjährige Erfahrungen dazu besitzen und sich auch sonst in diesem Themenbereich engagieren.

Fazit der Mitarbeitendeninterviews

Die Antworten auf die Interviewfragen fielen je nach Erfahrungen der Expert_innen als auch nach Fokus der Beratungsstelle trotz einiger Gemeinsamkeiten teilweise sehr unterschiedlich aus.

Die Stellen, die auf antimuslimischen Rassismus fokussiert sind, können selbstverständlich mehr Auskunft darüber erteilen, welche die Hauptanliegen der Betroffenen (von ebendiesem) sind. Ebenso spielt auch die Erfahrung (sowohl die Erfahrungen, die aufgrund eigener Rassismuserfahrungen gemacht werden, als auch Berufserfahrungen) der Mitarbeitenden hier eine Rolle. Außer, dass Kopftuch tragende Frauen, wie zahlreiche Studien bisher ebenfalls belegen, häufiger Betroffene antimuslimischem Rassismus sind und dies insbesondere im Bereich Arbeit auftritt, nannten die Mitarbeitenden keine weiteren auffälligen Häufungen in bestimmten Bereichen. Hier können Vergleiche zu Statistiken Islamfeindlicher Straftaten, Statistiken der Meldestellen und Interviewergebnissen der Betroffenenbefragungen und andere Forschungsergebnisse weitere Hinweise liefern.

Die Bekanntheit der Melde- und Beratungsstellen ist für Betroffene von immenser Bedeutung. Es scheint nicht immer klar zu sein, bei welcher Stelle welches Anliegen wie angegeben werden kann und wie die weitere Bearbeitung davon

gehandhabt wird. Einige Stellen bieten lediglich die statistische Erfassung an, andere wiederum bieten zusätzlich oder nur Beratungen an. Die Art der Beratung und was darauf folgt, variiert jedoch.

Die Trägervielfalt bietet zwar große Vorteile, jedoch ist ebenso notwendig, dass die Einrichtungen untereinander vernetzt sind. Das heißt, die Bekanntheit der Beratungsstellen ist nicht nur für Betroffene von Bedeutung, sondern auch für Beratende.

Dass zudem bis dato kein einheitliches Registrierungs- und Erfassungssystem besteht, erschwert sowohl die Arbeit für die Beratungsstellen, als auch die Übersicht für Betroffene. Eine Übersicht über diverse Beratungsmöglichkeiten ist für Beratungsinstitutionen wichtig, damit sie zielführende Verweisberatungen durchführen und darüber hinaus gegebenenfalls zusammenarbeiten können. Für Betroffene ist eine einheitliche und niedrigschwellige Übersicht wiederum wichtig, damit sie genaue Informationen über ihre Melde- und Beratungsmöglichkeiten erhalten und entsprechend ihrer Anliegen und Bedürfnisse auswählen können.

Um diesem Problem entgegenzuwirken, hat die CLAIM Allianz ein Pilotprojekt zum communitybasierten Monitoring entworfen. Damit sollen auch Möglichkeiten für Verweisberatungen ausgebaut werden. Das Ziel ist es, deutschlandweit mit verschiedenen Verbundpartnerstellen die Fälle aller Meldestellen auf einer Plattform zu sammeln. Die CLAIM Allianz hat bereits ein Meldeportal für Deutschland und Österreich errichtet. Mit Bezugnahme auf Mindeststandards wurde zudem durch das Projekt I Report eine Arbeitsdefinition von Antimuslimischem Rassismus erstellt und ein Policy Paper verfasst, in dem dargestellt wird, wie mit zehn Indikatoren antimuslimischer Rassismus erfasst werden kann (vergleiche CLAIM Allianz 2021).

Ein Grundvertrauen ist bereits gegeben, wenn sich Betroffene bei Beratenden melden. Dennoch ist ein entsprechend sensibler Umgang der Mitarbeitenden geboten. Die Qualifikation der Mitarbeitenden in Bezug auf antimuslimischen Rassismus spielt ebenfalls eine Rolle dabei, wie verschiedene Anliegen bearbeitet werden.

Es gibt bereits Bemühungen, bundesweit mehr Struktur in die noch an einigen Stellen ausbaubare Beratungslandschaft zu antimuslimischem Rassismus zu erhalten. Aus den vorliegenden Ergebnissen und bisheriger Forschungen lassen sich einige Handlungsempfehlungen ableiten, auf die weiter unten eingegangen wird (Kapitel 5).

4. ERGEBNISSE DER BETROFFENEN-BEFragung

Im Folgenden werden zentrale Ergebnisse der Betroffenenbefragung dargestellt. Der erste Abschnitt gibt Auskunft über die in Berlin erlebten **Formen von antimuslimischem Rassismus**; der zweite Abschnitt beschreibt **Umgangsstrategien** der von dem Ressentiment Betroffenen abseits der Konsultation von Beratungsstellen; der dritte Abschnitt arbeitet heraus, **was die von antimuslimischem Rassismus betroffenen Personen als hilfreich und unterstützend erlebt haben** und der letzte Abschnitt fasst **Bedarfe an Beratungsstellen** und -angebote zusammen.

Betroffen von antimuslimischem Rassismus sind dabei nicht nur Personen, die sich selbst als muslimisch verstehen:

Also oft ist es, dass ich beispielsweise als muslimisch markiert werde oder gelesen werde, obwohl ich eh gar nicht muslimischen Glaubens bin. Also ich bin in einer muslimischen Familie groß geworden, sozialisiert worden. (Interview Alara)

Das religiöse Selbstverständnis der Adressierten spielt dementsprechend keine Rolle dafür, ob Personen von antimuslimischem Rassismus betroffen sind oder nicht. So berichten Interviewte, die muslimisch sind, aber in der Öffentlichkeit nicht als solche „erkannt“ werden, dass sie selbst keine oder kaum Diskriminierungserfahrungen machen, während etwa die oben zitierte Alara Diskriminierung erfährt, obwohl sie keine Muslima ist.

4.1 Formen und Orte von antimuslimischem Rassismus

Die folgende Zusammenstellung verdeutlicht, **dass antimuslimischer Rassismus für viele Betroffene allgegenwärtig ist. Sie erleben ihn sowohl in öffentlichen Institutionen als auch im Alltag auf der Straße, ebenso wie im privaten Bereich.** An unterschiedlichen „Tatorten“ (wie beispielsweise auch Schule oder Universitäten) erleben die Interviewten Zuschreibungen, eine damit verbundene Ent-Individualisierung sowie Ausschlüsse. **In Bezug auf die Intensität der Erlebnisse reichen die Erfahrungen von stereotypisierenden Bemerkungen und Blicken, die insbesondere durch ihre Wiederholung und durch die Verortung der Betroffenen als nicht-selbstverständlich-Zugehörige und/oder „Andere“ ihre Wirkung entfalten bis hin zu offener Gewalt.** Viele der Interviewpartner_innen berichten nüchtern von unterschiedlichen Erfahrungen, was auf eine Routine und somit auf einen großen „Erfahrungsschatz“ von Diskriminierungen hinweist. Während die meisten unserer (weiblichen) Gesprächspartner_innen direkt von aktuellen Erfahrungen

berichten und aus einem großen Repertoire wählen können, müssen andere überlegen, wenn wir sie danach fragen, welche Formen von antimuslimischem Rassismus sie in Berlin mitbekommen haben. Insbesondere Männern ist dabei häufig unklar, ob Vorfälle von Ausgrenzung und Abwertung ursächlich auf ein spezifisch antimuslimisches Ressentiment oder auf andere (rassistische) Kategorien zurück zu führen sind.

Antimuslimischer Rassismus im privaten Umfeld

Antimuslimischer Rassismus wird von vielen unserer Gesprächspartner_innen im Rahmen von Freund_innenkreisen erlebt. **Diese Form des Alltagsrassismus spielt eine besondere Rolle, weil sie innerhalb sozialer Beziehungen und im sozialen „Nahraum“ stattfindet** und verweist die Betroffenen auf ihre (angebliche) Nicht-Zugehörigkeit sowie auf ihr (angebliches) Anders-Sein.

Auf der anderen Seite war ich mal auf so ner eh zum Beispiel auf so ner eh Kostümfeier oder so. Und dann hatte jemand hat sich so so hat sich so wie so ein mit so einem Turban und zum weiteres Gewand angezogen und so eh und als der mich gesehen hat, hat der immer irgendwelche hat der immer irgendwelche islamischen Ausrufe gemacht so. Also der war da irgendwie hat er sich da so en so so eine Sprengstoffweste oder sowas gebastelt und hat sich sonst irgendwie. Ich weiß nicht so was er sich gedacht hat aber das war so ein sehr zum Beispiel so so ein prägnantes Erlebnis. Weil und weil insgesamt glaube ich auch die Leute drumherum waren so ein bisschen peinlich berührt. Aber eh es waren vor allem weiße Leute dort. Aber jetzt die Leute waren jetzt nicht so so aktiv dass sie da irgendwie so sich darum gekümmert hätten. Und das ist glaube ich so ein Spezifikum was ich immer wieder lebe so. (Interview Safar)

Du merkst einfach, wie Leute dich wegen deinem Kopftuch labeln. Es gab so eine Situation beispielsweise. Und dann war ich auf dem Geburtstag meiner deutschen Oma. Als ihre Enkeltochter. Deutsche Oma. Enkeltochter. Like, ich bin hier geboren und aufgewachsen. Und dann waren ihre deutschen Freunde da. Weiße alte Menschen. Und dann sagen die einfach zu mir: „wow wir sind voll beeindruckt, wie gut du Deutsch sprichst“ und ich denke mir nur so willst du mich eigentlich also die wissen, dass ich die Enkeltochter von deren Freundin bin. (Interview Kalima)

Antimuslimischer Rassismus in Bildungsinstitutionen

Bildungsinstitutionen - und somit solche Institutionen, die über den weiteren Lebensweg zentral mitentscheiden - werden besonders häufig als Orte genannt, an denen antimuslimischer Rassismus erlebt wurde. Dies betrifft sowohl Schule als auch Universität. In der Schule von Lehrer_innen erfahrene Bemerkungen und Behandlungen werden von den Betroffenen als besonders markant wahrgenommen,

schließlich waren die **Gesprächspartner_innen zu diesem Zeitpunkt noch sehr jung und außerdem in einem direkten Abhängigkeitsverhältnis. Die Erfahrung, als „anders“ wahrgenommen und auf dieser Grundlage auch beurteilt zu werden, wiegt vor diesem Hintergrund besonders schwer.** Lehrer_innen sind nicht fremde Personen auf der Straße, sondern in einer pädagogischen Beziehung zu ihren Schüler_innen, die durch antimuslimische Ressentiments beeinträchtigt wird, was den Betroffenen schon im jungen Alter deutlich wird.

Also ich hab zum Beispiel auf dem Gymnasium war das. Da bin ich zu spät zum Unterricht gekommen und eh dann hieß es, dass die Uhr nicht nach dem Orient tickt und ich: „ehm eh wie war das nochmal?“ Genau, dass wir hier in Deutschland sind und ich ne deutsche Disziplin vorzuweisen habe ehm oder auch viel viele andere Dinge also von ehm ja das waren eigentlich meistens immer Vorurteile. (Interview Ali)

Genau, und sonst in der Schule habe ich auch halt ein paar Konfrontation gehabt mit Lehrer_innen. Zum Beispiel war eine Lehrerin, die hatte mich als alle Schüler_innen schon draußen waren, hatte sie mich wegen meines Kopftuchs angesprochen, dass es nicht im Koran stehe und dass sie nicht versteht, dass ich ein Kopftuch trage. Und damals war ich, ich glaub, 14, 15 Jahre alt, habe mich dann halt sehr allein gefühlt, weil da war eine Autoritätsperson, die mit mir über meine Religion spricht. Und ich habe mich sehr hilflos gefühlt. Keiner war bei mir. Und genau weil es halt eine Autoritätsperson ist, wollte ich mit ihr jetzt auch nicht diskutieren oder so. (Interview Sümeyye)

Auch (potenzielle) Lehrer_innen sind von antimuslimischem Rassismus betroffen (vgl. hierzu auch Kapitel 2), bisweilen aus dem öffentlichen Schuldienst ausgeschlossen und können somit kein Gegengewicht bilden und Zugehörigkeit repräsentieren.

Ja, also das geht in unterschiedliche Richtungen. Das eine ist, was man so im Alltag mit bekannten oder auch unbekanntem Leuten erlebt und das andere ist eher so institutioneller Rassismus. Ich würde mal mit dem institutionellen Rassismus anfangen, also ich trage ja ein Kopftuch und ich bin Lehrerin und ich darf nicht an einer öffentlichen Schule arbeiten. Das ist so glaube ich die krasseste Erfahrung, die ich in dem Zusammenhang gemacht habe und das ist mir jetzt nicht neu, ich wusste das schon als ich angefangen habe auf Lehramt zu studieren, ich habe aber irgendwie gedacht, dass es sich vielleicht verändern würde, bis ich fertig bin mit dem Studium und es hat sich nicht verändert. (Interview Malika)

In der Universität, die in vielerlei Hinsicht ein „weißer Raum“ ist und in der gesellschaftliche Vielfalt weniger repräsentiert ist als an den Schulen (vergleiche hierzu Kuria 2015; Heitzmann/Houda 2019) erleben unsere Gesprächspartner_innen antimuslimische Ressentiments hier auch vor allem durch Kommiliton_innen.

In der Uni hatte ich so ein Treffen organisiert und da wurde ich mit dem Islam konfrontiert. Also genau. Ich wurde darauf

angesprochen, dass der Islam frauenfeindlich sei. Das fand ich auch sehr schade, dass sobald man mich sieht mit Kopftuch, reduziert man mich direkt auf mein Kopftuch. Also man sieht gar nicht andere Dinge, die mich ausmachen. Man sieht nur: okay, sie gehört dem Islam an. Sie ist Muslima. Vielleicht wurde sie sogar gezwungen, ein Kopftuch zu tragen. Vielleicht wird sie unterdrückt von ihrem Mann oder so. (Interview Sümeyye)

Für mich ist es auch Rassismus, dass meine Mitstudierenden mir ständig Fragen stellen, zum Beispiel an Ramadan wenn ich faste und dass sie mich immer so durchbohren und durchlöchern und sich das Recht nehmen mir gegenüber sehr persönliche und offensive Fragen zu stellen. Das empfinde ich persönlich auch als Rassismus, aber vielleicht aus ihrer Perspektive nicht so gemeint. Ich weiß es nicht. Ich kann die Intention manchmal nicht ablesen, aber ich empfinde das als rassistisch beispielsweise. (Interview Derya)

Antimuslimischer Rassismus in der Arbeitswelt

In der Arbeitswelt - und damit in einem Bereich, der für den sozialen und finanziellen Status essenziell ist - erleben unsere Gesprächspartner_innen ebenso antimuslimischen Rassismus. So erzählt etwa Sümeyye von Praktiken der Verbeugung und der Übergriffigkeit ihres Vorgesetzten:

Und da war ich an einer Stelle. Und da hatte mich der Chef von da wirklich die ganze Zeit mit diesen Dingen konfrontiert. Er hat gefragt, ob ich wegen Erdoğan mein Kopftuch trage. Und er hat gefragt, ob ich verheiratet bin. Er hat gefragt, er hatte die Annahme, dass viele muslimische Jugendliche heutzutage wegen Erdoğan Kopftuch tragen. (Interview Sümeyye)

Antimuslimischer Rassismus im Gesundheitswesen

Auch im Gesundheitswesen und somit in einem anderen Bereich, in dem **Vertrauen und die Wahrnehmung der individuellen Situation von essentieller Bedeutung sind, aber von Rassismus überlagert werden können**, erleben Betroffene antimuslimischen Rassismus. So erzählt Hüсна:

Aber, wenn ich differenzieren müsste, okay, was war jetzt aber wirklich nur, weil ich muslimisch bin? Da fällt mir wieder etwas ein und zwar Ärzte. Ich hasse es zu Ärzten zu gehen, weil sehr oft, nicht immer, aber sehr oft muss ich mir irgendwas anhören, was gar nicht gerade mit meinem Gemütszustand zu tun hat, sondern auf den Islam zurückführt. (Interview Hüсна)

Wenn ich zum Beispiel einmal beim Arzt bin und (...) medizinische Behandlungen (...) erhalte also zum Beispiel (...). Ich musste regelmäßig alle vier Wochen eine Infusion erhalten, und diese Infusion erhalte ja nicht nur ich, sondern auch viele andere Patienten die dann im Raum sitzen und wir ehm sind im Wedding und Wedding ist wirklich ehm sehr, sehr viele ehm (...) Personen mit Kopftuch unterwegs. Ja sehr, sehr viele, und

das heißt, es existiert hier so ein Bild „ach wir sind hier in klein Istanbul“ – dieses ehm Klischee. ehm also „wir sind ja gar nicht mehr in Deutschland so gefühlt“. Und diese Bemerkung kriege ich ehm habe ich schon mitbekommen von den Artzhelferinnen (...), also es hat mich einfach nachdenklich gemacht. (...) so eine Bemerkung ist überhaupt nicht reflektierend. Und manchmal (,) es sind so kleine Sachen. (Interview Rana)

Ausschluss an der Clubtür

Auch die **Teilnahme an Freizeitaktivitäten** kann durch antimuslimischen Rassismus beeinträchtigt sein. Insbesondere für junge Menschen ist die **Möglichkeit, an einer freizeitbezogenen Subkultur partizipieren** zu können, besonders wichtig.

Ich habe auf jeden Fall einige Erfahrungen gemacht. Ich weiß nicht, ob die nur auf antimuslimischen Rassismus zurückzuführen sind aber so das häufigste auf jeden Fall ehm zum Beispiel Rassismus an der Clubtür. Also Clubtür ist eigentlich immer dasselbe so. Das ist man also einfach gesagt wird „ja ne heute nicht“ oder „passt halt nicht“ oder so. Ehm das Interessante ist, dass ehm also selbst wenn wir in gemischten Gruppen eh eh gegangen sind, dass wir dann auch tatsächlich einmal, dass dann die Freundinnen, mit denen wir dort waren, und dann gefragt wurden wie wir denn heißen also wie die Jungs heißen. Und dann wollte auch eh der Türsteher oder diese Security, ich weiß es nicht genau, unser Ausweis haben um das abzugleichen, weil ich glaube, die sind davon ausgegangen, dass wir einfach an der Schlange die gefragt haben „können wir uns zusammen anstellen um reinzukommen?“ (Interview Ali)

Antimuslimischer Rassismus bei Sicherheitsdiensten

Besonders muslimische Männer werden häufig als gewaltaffin und als Sicherheitsrisiko konzipiert (Shooman 2014), doch auch muslimische Frauen können Zielscheibe entsprechender Praktiken werden. Unsere Gesprächspartner_innen berichten von **stigmatisierenden Kontrollen, auch durch private Institutionen**:

Das ist mir zum Beispiel auch am Flughafen passiert. Da wurde meine Tasche auf Sprengstoff untersucht und da habe ich ihn gefragt: „machen Sie das bei jedem oder nur bei mir?“ Und da meinte er, da hat er gelacht und hat, meinte: „ne ne wir machen das bei jedem.“ Und dann habe ich von der Weite, also bin ein paar Schritte nach hinten gegangen und habe geguckt, ob er es wirklich bei jedem macht und nein hat er irgendwie gefühlt nur bei mir gemacht. Oder zum Beispiel ich kann's ja verstehen, wenn man durch die Kontrolle geht, die müssen ja richtig abtasten. Und dass sie dann aber wirklich unter mein Kopftuch so richtig reingreifen, das kennst du bestimmt auch (lacht). So als ob ich da eine Bombe verstecke. (Interview Sümeyye)

Also ich me- ich weiß nicht, ob das manchmal auch ein bisschen vielleicht so jetzt meine Hypersensibilität ist, aber

ich merk oder glaube zu merken, dass beispielsweise in so Einkaufsläden eh die Security schon noch mal mit doppeltem Auge auf einen guckt. Eh einmal ist das auch passiert, dass ich dann, also dass der dann bis eh zur Kasse mit mir mitgelaufen ist so aber also einen auf unauffällig aber ich hab das schon gemerkt um halt zu kontrollieren: ok bezahl ich das jetzt was ich da genommen habe. (Interview Ali)

Vorfälle und Übergriffe im Alltag, auf der Straße

Am häufigsten erzählen unsere Gesprächspartner_innen von **Übergriffen und Vorfällen im Alltag und in der Öffentlichkeit**. Insbesondere an bestimmten Orten in Berlin berichten die Betroffenen von Blicken, die ihnen suggerieren, nicht an diesen Ort zu gehören. **Sie berichten von öffentlich über sie geführte Gespräche, die sie zum Gesprächs- und Beurteilungsobjekt machen. Unsere Gesprächspartner_innen berichten aber auch von Beleidigungen und körperlichen Angriffen.**

Ansonsten, es gibt auch ab und zu so extreme Fälle, aber ich würde jetzt nicht sagen, dass es wöchentlich oder monatlich passiert, das passiert vielleicht ein, zwei, dreimal im Jahr, dass man vielleicht bespuckt wird auf der Straße, geschubst wird, angerempelt wird, ausgelacht wird. Solche Sachen passieren, also wirklich so laut ausgelacht meine ich, nicht dieses belächeln was man macht oder diese leichten Beleidigungen, also leichte, das sind dann so Extremfälle, aber das passiert einem nicht so oft. (Interview Nawal)

Also ich habe doch auch Hobbys und Interessen, die vielleicht nicht 0815 sind oder ich fahre auch mit dem Fahrrad. Sehr oft werde ich angeguckt von älteren Menschen vor allem wenn wir Fahrrad fahren. Die nicken einen dann immer so: „oh ja, sie fährt Fahrrad“. Ja, ich bin auch ein Mensch, der Fahrrad fahren kann. Das ist positiver Rassismus, die tun so, als würden die dich pushen oder ehren, für das, was du machst oder loben, aber eigentlich zeigen sie, wie rassistisch sie sind und was für strikte Denkmuster sie haben und du brichst sie, weil du in dieses Denkmuster nicht hereinpasst. Das passiert im Alltag oft, aber ja, ist jetzt halt nicht so schlimm, wie wenn man direkt angepöbelt wird. (Interview Hüsna)

Ja was ich sonst so im Alltag erlebe sind halt zum einen, das ist aber sehr subtil, so Blicke ja, die man dann einfach erntet und dann kommt es aber auch sehr darauf an, wo ich mich bewege in Berlin, in welchem Kontext ich mich bewege. (Interview Malika)

Wenn ich jetzt ganz von dem Alltag anfangen würde, ist es das normalste auf der Welt, dass man angeglotzt wird, also ich sage nicht angestarrt, ich sage wirklich angeglotzt, weil es sind Blicke die man einfach nicht ausblenden kann. Ja also es sind meistens ältere Leute, die einen dann anschauen auf den Straßen, ich glaube ihr kennt das auch in euren Heimatstädten- oder orten. Man wird angeglotzt, von oben nach unten, dann noch die ganze Strecke wie du läufst, also man guckt dir dann hinterher und teilweise, wenn die zu zweit

oder zu drifft laufen, wenn es dann so alte Pärchen sind: „ja guck die mal an“ und man hört ja tatsächlich was die sagen, „ja die tut mir ja richtig leid“ oder was weiß ich, „die ist doch noch so jung“ also man hört teilweise, also manchmal sind es beleidigende Worte, manchmal ist es bemitleidend, also bemitleidende Worte. Manchmal ist es einfach nur so ein stilles, wie soll ich sagen, Disapproval. „Wir finden das nicht gut was du machst, aber wir schütteln den Kopf einfach, weil du uns ja wahrscheinlich nicht verstehst“, so nach dem Motto. Das ist so Alltag, was man so von außen sehen kann. (Interview Nawal)

Ich war auf dem Rückweg. Und da ist ein älteres Paar an mir vorbeigelaufen und die haben untereinander gesprochen, aber ziemlich laut. Und ich habe gemerkt, es geht um mich und die meinten dann: „und ich kann es nicht glauben, dass unsere Leute im Dienst immer noch für diese Menschen zahlen und für diese Menschen arbeiten“. Also von wegen, dass ja Steuern was weiß ich, auch Menschen wie wir halt sind, dass die für uns draufgehen so. Und ich war so erschöpft in dem Moment und ich musste auch erst einmal überlegen, hat sie das gerade wirklich gesagt? Weil ich wollte, ich wünschte, ich hätte schneller reagiert und hätte mich umgedreht und hätte gesagt: „wissen Sie eigentlich, dass wir so viel zu dieser Gesellschaft und Entwicklung technisch gesehen, naturwissenschaftlich gesehen, so viel beitragen?“ (Interview Hüsna)

Ein Beispiel wäre zum Beispiel ich war mal an der Kasse und da war ein anderer Kunde vor mir. Und der hat irgendwie vor sich hin geredet. Und dann hatte ich irgendwas gesagt, und er meinte dann so: „ach, sie sprechen Deutsch.“ Und dann hatte ich halt mit ihm so einen Austausch gehabt und habe ihm gesagt, ja, dass ich Deutsch spreche, dass ich hier geboren bin, meine Eltern sind auch hier geboren. Und ich hatte halt auch immer dieses Bedürfnis, mich immer rechtfertigen zu müssen. Also dass ich sozusagen, also oft, wenn ich in solche Situationen gerate, habe ich das Bedürfnis zu erwähnen, dass meine Eltern auch hier geboren sind. Dass sie auch hier zur Schule gegangen sind und so weiter und so fort. (Interview Sümeyye)

Die Erzählungen unserer Gesprächspartner_innen zeigen deutlich, dass **Rassismus nicht nur in Form von offenen, verbalen oder gar körperlichen Angriffen belastet, sondern auch und gerade die subtilen Formen** für die Betroffenen von Bedeutung sind und bearbeitet werden müssen. Für Beratungsangebote ist es wichtig, dies zur Kenntnis zu nehmen und Angebote nicht nur bei Angriffen vorzuhalten.

Abgesehen von dem was aktiv passiert – darauf kann ich reagieren. Aber ehm das passive Empfinden von mir aufgrund der Verhaltensweisen von den Anderen, das macht das Leben problematisch. Das ist wie beispielsweise Kopfschmerzen zu haben. Das ist kein Schmerz den man nach außen trägt, aber den trägt man in sich. Ja und das ist genauso, das Empfinden, das Empfinden einfach ausgestoßen zu werden oder anders behandelt zu werden aufgrund von, von irgendeinem Glauben den man selbst hat. Da fängt es ja schon an. Dass man in jungen Jahren eh Bewusstsein dafür entwickelt. Okay, hier muss ich ein

bisschen vorsichtiger sein, hier könnt jemand so und so auf mich reagieren. Also das, das ist das passive was ich meine und auf Dauer ist das halt schwierig, weil das sorgt dafür als Folge, dass man sich nie als ganzwertiges Teil der Gesellschaft führt sondern immer ein Stück weit passiv, ehm ja nicht im engeren, im, im äußeren Kreis gehalten werden einfach. (Interview Hassan)

4.2 Strategien im Umgang mit antimuslimischem Rassismus

Von antimuslimischem Rassismus betroffene Personen verfügen über eine Vielzahl an Strategien, um mit entsprechenden Situationen umzugehen. Für Beratungsangebote ist es hilfreich, diese Strategien zur Kenntnis zu nehmen.

Die Strategien unserer Gesprächspartner_innen reichen von Widerstand bis hin zur Unterordnung und Anpassung. Einerseits lässt sich ein gelähmter und hinnehmender Umgang beobachten, andererseits ein gestärktes und konfrontierendes Verhalten. Wer wie reagiert, ist aber nicht nur von Person zu Person verschieden, sondern von unterschiedlichen Faktoren abhängig: **Der Umgang mit antimuslimischem Rassismus ist situations- und kontextabhängig.** In biografischen Verläufen werden unterschiedliche Haltungen eingenommen, in unterschiedlichen Lebensbereichen jeweils verschiedene Strategien genutzt.

Situationsbedingter Umgang, indem die eigene Gemütslage, aber auch die Gewaltbereitschaft der Angreifer_innen abgewogen werden

Die folgenden Zitate verdeutlichen, dass die Befragten **situationsbedingt abwägen, wie sie auf Angriffe reagieren (können)**. Hierzu zählt sowohl der eigene konkrete Zustand als auch die Einschätzung des Gegenübers. Ein und dieselbe befragte Person reagiert also mitnichten immer gleich.

Weil das sind die alltäglichen Dinge ja, wenn ich etwas sagen kann, wenn ich mich gerade so in der Situation, also wenn ich mich so ein bisschen was meine Gemütslage angeht danach fühle, jetzt meine Meinung dazu zu sagen, dann sage ich das und wenn ich Zeit auch dafür habe, weil man hat ja auch nicht immer Zeit da stehen zu bleiben und etwas zu sagen, dann mache ich das. Aber diese Kleinigkeiten da lohnt sich das häufig auch nicht, weil man sich denkt: ja was, wenn ich jetzt der Person meine Meinung sage, was soll das dann jetzt ändern irgendwie, ich mache einfach mein Ding. In schlimmeren Fällen, ich hatte ja vorhin auch gesagt, es kommt darauf an, wer die Person ist. Also wenn ich das Gefühl habe, dass ich irgendwie in Gefahr kommen könnte, wenn ich mit dieser Person weiter streite, das sind ja wildfremde Personen. Das sind ja Menschen, die ich nicht kenne. Ich weiß nicht, zu was diese Person in der Lage ist, hat diese Person irgendwie Kriminalitätshintergrund, ist die Person gewalttätig, hat sie Tendenzen zu Gewalt. (Interview Nawal)

Aber wie ich damit umgehe seitdem ich mich auch ein bisschen mehr politischer auch damit auseinandersetze, ist auch eigentlich sehr unterschiedlich. Also sehr tagesformabhängig. Ich merke auf jeden Fall, dass ich seitdem emotionaler und intensiver darauf reagiere, weil ich, glaube ich, einfach die Gewalt dahinter verstehe mittlerweile eh. Genau, es gibt manche Tage, da ist es wirklich so. Da eh klopft jemanden einen Spruch und dann bin ich danach so gelähmt, muss einfach nur irgendwie weinen und kann nichts wirklich machen und fühle mich einfach nur scheiße. Und es gibt aber Tage, wo ich sehr kraftvoll bin und sehr stark bin und dann auch wirklich was sage und eh nicht in den Dialog gehe aber einfach die Sachen nicht so stehen lasse. (Interview Alara)

Manchmal spreche ich das an. Oft denke ich mir dann halt aber auch: ich bin auch nicht jetzt der Rassismusbeauftragte der eh die ganze Zeit herumlaufen muss und jetzt den Menschen irgendwie was beibringen muss oder so. (Interview Ali)

Anpassung/Versuch, muslimisch-migrantisch gelesene Anteile zu verstecken, bestimmte Orte und Personenkreise zu meiden

Eine andere Strategie, von der uns unsere Gesprächspartner_innen berichten, ist zu versuchen, nicht aufzufallen, möglichst angepasst zu sein und durch besondere Leistungen überzukompensieren. Dazu zählt auch die Vermeidung bestimmter Orte und Personen(-gruppen) sowie der Rückzug von bestimmten Tätigkeiten. Hier wird eine Vermeidungsstrategie sichtbar, die die Betroffenen in ihrer freien Entfaltung einschränkt.

Also das war glaube ich auch ne eh Art und Weise, wie ich damit umgegangen bin. Dass jedem versucht habe, das so möglichst zu verringern, indem ich mich überangepasst habe. Also eh ja das sich einfach, genau, also nicht also die mir zugeschriebenen eh ob es jetzt muslimisch markierten, Ausländer markiert, migrantisch markierten Anteile zu verstecken und irgendwie genau nicht rauszulassen. (Interview Alara)

Es kommt darauf an. Also im privaten Kontext eher nicht. Im beruflichen Kontext schon, also es ist schon so, dass ich immer versuche, so wenig Angriffsfläche wie möglich zu bieten, weil ich weiß, dass meine Angriffsfläche eh größer ist als bei anderen Menschen. Und ich versuche die halt zu minimieren, in dem ich mich sehr bemühe, sehr gute Arbeit zu leisten. (Interview Malika)

Was ich immer von meiner Mutter höre: „wenn du zu diesem Bezirk gehst oder wenn du da und dahingehst, trage lieber keine schwarze (unverständlich), mache dies, mache das nicht“. Also ist jetzt nicht so, dass ich jeden Tag, also dass meinen Style so Kleidungsstil schwarz, schwarz, schwarz wähle, aber man achtet schon unterbewusst so unbewusst würde ich sogar eher sagen darauf, dass man, ich gehe jetzt nicht aktiv zu meinem Kleiderschrank und sage: „ich gehe heute weiß ich nicht, nach Marzahn und deswegen werde ich nicht Schwarz tragen“ oder so etwas, sondern man macht das un-

bewusst, dass man sagt: „ich trage nicht alles Schwarz“ damit die Leute weniger auf den Gedanken kommen: „oh sie ist eine Terroristin“ oder „oh, sie ist unterdrückt“ oder so etwas, weil man ja auch nicht bemitleidet werden möchte, sondern man zieht sich halt so an, dass man merkt, okay die Person ist halt normal. (Interview Nawal)

Oder wenn ich zum Beispiel zum ersten Mal in eine Umgebung komme, die mich nicht kennt. Bevor ich in diese Umgebung eintrete, habe ich schon richtig Bauchschmerzen. Und ich denke mir immer so: okay was werden die über mich denken? Was werden die für Gedanken haben und so weiter. Und zum Beispiel bei meinem Praktikum, was ich dann letztes Jahr dann irgendwie bekommen habe, da habe ich zum Beispiel auch immer gemerkt, also die waren sehr freundlich so, wenn die mit mir geredet haben. Aber ich habe gemerkt, sobald ich draußen war, hatte ich das Gefühl, dass die immer über mich reden, weil es hat sich auch meistens, wenn ich dann zum Beispiel wieder zurück war, wurde dann von einer Kollegin gesagt: „ja, die andere Kollegin hat das und das gesagt“. Also ich habe mich immer sehr unwohl gefühlt. Ich habe mich einfach nicht sicher gefühlt. Ich wusste, man redet über mich. Und ich weiß nicht, ob ich vielleicht auffälliger bin. Vielleicht ist mein Verhalten, wie ich mich verhalte, halt auffälliger durch mein Kopftuch und die haben dann diesen Bedarf darüber zu reden. Das Ding ist auch halt, dass ich zum Beispiel, was auch so eine Auswirkung vom antimuslimischen Rassismus ist, in der Gesellschaft, wenn ich draußen bin, ich versuche möglichst mich immer extra gut zu benehmen. Also ich habe zum Beispiel Angst, mal irgendwie emotionsvoll zu sein. Und irgendwie, weil es ist ja ganz normal, dass wenn man genervt wird oder so, dass man auch mal vielleicht draußen schreien kann oder vielleicht auch lauter lachen kann oder so. Und ich habe immer dieses Gefühl: nein ich muss mich benehmen, ich darf nicht auffällig sein, ich muss unsichtbar sein. (Interview Sümeyye)

Und da war für mich: nein, ich möchte hier nicht mein Praktikum machen, weil wenn man schon mich damit konfrontiert am ersten Tag, dann wird er mich die ganze Zeit damit; und darauf hatte ich keine Lust. Ich wollte mein Praktikum, ich bin da sechs Monate. Ich wollte, dass es ein Ort ist, wo ich gerne hingehe. Und deswegen habe ich dann, obwohl ich angewiesen war, weil ich wirklich zwei Monate gesucht habe, habe ich es dann aber abgesagt. Weil ich mich halt unwohl gefühlt habe. (Interview Sümeyye)

Widerständige und konfrontative Umgangsweise

Die Betroffenen berichten, dass sie in einigen Situationen Verbesserungen und diskriminierenden Äußerungen offen widersprochen haben. **Die meisten Gesprächspartner_innen, die angeben, (teilweise) widerständig zu reagieren, berichten, dass sie dies in der Vergangenheit nicht getan haben. Zum Teil bereuen sie, früher Situationen erfragen zu haben, ohne zu widersprechen und wünschen sich, früher schon in der Lage gewesen zu sein, sich zur Wehr zu setzen.**

Es gab auch eine Situation mit dem Prof, manchmal gibt es so Dinge, die man nicht versteht und dann bin ich nach der Vorlesung zu dem Prof gegangen nach vorne und habe mit ihm gesprochen, habe ihn gefragt, also ich habe meine Frage formuliert und dann hat er gesagt: „ja, bevor ich Ihnen antworte, also Ihr Deutsch ist ja sensationell.“ (lacht) wirklich, da habe ich ihm gesagt: „sensationell? Ich weiß nicht, was Sie erwarten von jemandem, der in Deutschland aufgewachsen ist und ein deutsches Abitur gemacht hat.“ Da hat er gesagt: „ja, das weiß ich ja immer nicht und es gibt ja“ und da habe ich gesagt: „die Vorlesung halten Sie ja auch auf Deutsch und das ist, wir sind kurz vor der Prüfung, ich bin seit fast sechs Monaten bei Ihnen.“ Er sagt: „ja, ja ich weiß aber es gibt ja es gibt ja und so etwas“, er hat gesagt: „ich meine das wirklich nicht diskriminierend.“ Da habe ich ihm gesagt: „jaja, ist okay. Können sie jetzt meine Frage beantworten? Bitte, ich habe nicht so viel Zeit.“ (Interview Nawal)

Aber jetzt so in den letzten Jahren, wenn ich zum Beispiel über Rassismus, Diskriminierungserfahrungen und so spreche, dann spreche ich das schon an. Ich kann mich aber nicht erinnern, wie ich damit früher umgegangen bin. (Interview Sümeyye)

Und dieses Gefühl, man denkt jetzt nicht darüber jeden Tag nach. Keinesfalls. Aber wenn es dazu kommt, dass man darüber nachdenkt, wenn ich zum Beispiel durch Berlin-Mitte laufe und an dem Gebäude vorbeilaufe, wo dieses Bewerbungsgespräch stattgefunden hat, dann denke ich mir so: hm ich hätte damals vor ich weiß nicht wie vielen Jahren einfach mal nicht so einknicken sollen. Und das ist dann so ein Gedanke, wo du so im Nachhinein immer mal wieder dran erinnert wirst. Ja. Also ich habe bei dem, was ich erzählt habe, in der Schule und auch auf Arbeit, im Nachhinein halt bis heute das Gefühl ich hätte damals anders damit umgehen sollen. Viel weniger tolerant. (Interview Kalima)

Aufsuchen der Polizei und Erstattung von Anzeigen

Einige unserer Gesprächspartner_innen haben in der Vergangenheit bereits **Anzeigen erstattet** oder erwägen, dies zu tun. Dies geschieht vor allem mit **der Intention, die Straftaten nicht wehrlos über sich ergehen zu lassen**, sondern sich zumindest symbolisch zur Wehr zu setzen. Gleichzeitig ist die Hoffnung auf einen konkreten Erfolg der Anzeigen (realistischer Weise) in der Regel gering, obwohl die Betroffenen nur dann an eine Anzeige erstatten, wenn es sich um gezielte und deutliche Angriffe handelt.

Und ich meinte: „ne ich werde Anzeige erstatten“. Sie hat mich dann weiter beleidigt und hat nochmal Finger gezeigt. Am Ende bin ich eh zur Polizei und hab Anzeige erstattet. Nur das Problem hierbei ist dann gewesen, dass ich ein Schreiben bekommen habe, wo dann draufstand: die Anzeige wurde abgelehnt. (Interview Fatma)

Dann bin ich rausgelaufen zu Polizei, weil ich mir dachte ich möchte, dass solche Sachen in die Statistik aufgenommen

werden. Also ich weiß, der Mann wird wegfahren und da wird sowieso nichts mehr rauskommen. Aber wenigstens wird es in die Statistik aufgenommen. (Interview Derya)

Ja, das das Ganze aber dann würde ich nochmal selektieren zwischen jemandem bei vollem Bewusstsein ist und das explizit und absichtlich macht. Darauf würde ich reagieren ja. Sei es eh eh sei es verbal als auch mit Folgen beispielsweise ja eine Anzeige erstatten oder sonst was machen, die Polizei zu rufen. (Interview Hassan)

Religiöse Verarbeitung

Ein Muster des Umgangs mit antimuslimischem Rassismus, das wir im Material finden, welches aber eher randständig ist, ist die **religiöse Verarbeitung des Erlebten**. Der Glaube an Gott funktioniert hier als **Ressource, nicht an der Situation zu zweifeln, sondern sich in seiner Selbstbestimmung bestätigt zu sehen**. So berichtet Nawal, die trotz ihrer religiösen Einordnung keine passive Haltung einnimmt, sondern sich aktiv antimuslimischem Rassismus entgegenstellt und in der Regel „die extremen Fälle“ auch an die Meldestelle weiterleitet:

Und ich habe mich aktiv oder ich habe mir aktiv ausgesucht, Kopftuch zu tragen und jetzt besonders in meiner Situation, obwohl ich weiß, es gibt das Neutralitätsgebot und ich kann das Kopftuch nicht an öffentlichen Schulen und so weiter, aber ich habe mir das hundert Prozent aus eigener Überzeugung ausgesucht und wenn mir dann so etwas passiert, dann ist das für mich eine Bestätigung. Ja dann habe ich das Gefühl, diese Auswahl, die ich getroffen habe, ist wirklich hundert Prozent meine eigene Auswahl und ich beweise mir selbst und ich beweise meinem Gott, für den ich ja mein Kopftuch trage, warum ich das trage. Ich trage das nicht, weil ich anderen Leuten gefallen würde, weil das ist ja in dieser Situation dann etwas, was sehr dagegen sprechen würde. Ich gefalle ja vielen Leuten dann deshalb nicht. Ich trage es auch nicht, weil es bequem ist, weil ja letzten Endes mein Berufswegandgang behindert wird durch das Kopftuch und so weiter, aber ich trage es für einen größeren Zweck. Für einen höheren Zweck, der mit mir und meinem Gott zu tun hat und eigentlich mit niemanden anderen in der Gesellschaft und so weiter. Und deshalb finde ich (unverständlich) seinen Kummer und gleichzeitig auch seine Freude vermitteln kann ist dann zu seinem Schöpfer, weil man ja letzten Endes, also nicht jeder definitiv aber in meinem Fall, weil man es trägt für sich selbst und für seinen Gott und an ihn zu wenden ist dann halt sozusagen das Beste, was man machen kann. (Interview Nawal)

Nawal erscheint hier – u. a. durch die religiöse Einordnung ihrer Erlebnisse – mit den negativen Erlebnissen emotional sehr gut umgehen zu können. Sie hat nicht die Erwartung, dass im Diesseits vollständige Gerechtigkeit hergestellt werden kann. Trotzdem nimmt sie keine Opferrolle an; sie meldet Vorfälle und setzt sich damit zur Wehr. Sie hat auf dieser Grundlage – zum jetzigen Zeitpunkt – keinen Beratungsbedarf.

4.3 Als hilfreich empfundene Maßnahmen

Von antimuslimischem Rassismus betroffene Personen empfinden unterschiedliche Maßnahmen als hilfreich. In Bezug auf die konkrete Situation, in der Diskriminierung geschieht, betonen viele, dass eine **Intervention nicht-beteiligter und auch nicht selbst vom Ressentiment betroffener Personen für sie von großer Bedeutung** ist. Im Hinblick auf die Verarbeitung der Taten im Nachhinein kann unterschieden werden zwischen einer **(sachlichen) Analyse der Situation und darauf aufbauender Handlungsmöglichkeiten einerseits sowie einer emotionalen Nachbearbeitung andererseits.** Während zumindest für einige der Betroffenen die Situationsanalyse auch mit Personen funktioniert, die selbst nicht von (antimuslimischen) Rassismus betroffen sind, wird in der Regel eine **eigene Betroffenheit als Voraussetzung für ein Nachempfinden bzw. eine gemeinsame emotionale Nachbearbeitung der Situation** genannt.

Solidarität von Nicht-Betroffenen; Interventionen Dritter

In den Situationen, in denen antimuslimischer Rassismus wirksam wird, ist es für viele unserer Gesprächspartner_innen von Bedeutung, dass nicht negativ betroffene Personen intervenieren. Antimuslimischer Rassismus ist kein „Opferproblem“, sondern ein gesamtgesellschaftliches Phänomen, das auch und gerade von selbst nicht negativ Betroffenen adressiert werden sollte, so unsere Gesprächspartner_innen.

Also ich war mit nem Kumpel, der ist auch Türke, waren wir auf einer Homeparty durch Freunde. Also ich kannte auch mehrere Leute auf dieser Party. Und wir, ich und mein Kumpel, waren dort und haben beide keinen Alkohol getrunken, weil wir mit dem Auto unterwegs waren. Und sind dann auch nach einer relativ kurzen Zeit wieder gegangen, weil es dann auch schon recht spät war. Und ich habe dann durch die Freundin von einem Freund von mir halt erfahren, dass wir, nachdem wir gegangen sind, dass sofort unter den Leuten gesagt wurde: „oh das war jetzt aber ein kurzer Besuch. Ehm bestimmt fehlen jetzt hier Wertsachen“ so. Und dann, also was ich dann schlimm fand, was ich dann halt im Endeffekt dann erfahren hab, dass die Freundin, die ist dann auch so voll laut geworden und die hat dann gesagt: „Leute das geht überhaupt nicht, was ihr sagt, das sind die beiden eigentlich, die sich hier am vernunftvollsten und verantwortungsvollsten benommen haben. Die haben auch keinen Schluck Alkohol getrunken, ihr seid hier schon alle besoffen und wisst teilweise nicht, was ihr macht. Die sind einfach nur hier her gekommen, haben kurz sich einfach nur mit einer Freundin unterhalten und sind dann ganz höflich und nett, sage ich mal, wieder gegangen“ und so war es dann tatsächlich auch aber. Also das tut dann halt auch weh, wenn man dann sowas mitbekommt. Ehm weil ehm ich weiß nicht, das ist ja schon fast so Denunzierung. Man ist ja schon; und was ich halt auch erschreckend fand war, dass; da würde ich mir tatsächlich wünschen, dass man mir das so jetzt, ich sage

es mal so Berliner Schnauze, mir in die Fresse sagt, weil dann weiß ich, was Sache ist. Aber wenn dann so merke, aber ich dachte mir dann halt: okay das passiert dann bestimmt öfter, nur kriege ich das nicht mit. Dass ich irgendwohin gehe und dann, nachdem ich weg bin ehm hinter dem Rücken halt so krass geredet wird oder was also was die Menschen einem eigentlich alles zutrauen. Das finde ich halt so eh erschreckend aber ehm ich ich schätze es auf jeden Fall sehr, wenn Menschen Solidarität zeigen ehm und vor allem auch Menschen, die jetzt nicht prinzipiell davon betroffen sind. Weil ich denke mir dann immer, also das ist, das ist ja in jetzt speziell im deutschen Kontext oder im Berliner Kontext, das ist ein deutsches Problem. Natürlich affektiert mich dieses Problem, aber das ist prinzipiell nicht mein Problem, dass ich unter Rassismus leide so. Also ich bemerke auf jeden Fall in allen Ebenen, also auch auf akademischer Ebene, politisch sowieso, dass halt ehm dieses Rassismusproblem wird auch immer noch auf den Opfern, also den Betroffenen ausgetragen und thematisiert, anstatt dass man den Blick eigentlich mal umdreht und den Täter sich anguckt und sagt: „okay also woran liegt das? woher kommen diese Denkstrukturen?“ (Interview Ali)

Auf jeden Fall Zivilcourage. Wenn ich sehe, dass ein Deutscher, die vielleicht gar nicht vom Geschehen betroffen sind und die sehen, da passiert Unrecht und die kommen und helfen. Es ist dann auch vollkommen egal, ob was dabei rauskommt oder nicht. Es hilft mir, zu sehen: ich bin in der Situation nicht alleine. Es gibt Menschen, die auf mich aufmerksam geworden sind und die da sind, um mich zu unterstützen. Zivilcourage und Solidarität. (Interview Derya)

Oder zum Beispiel im Biologieunterricht war das. Da saß ich ganz hinten und wir sind gerade aus der Pause in die Klassenräume gekommen. Da hat die Lehrerin mich angeguckt von der Weite. Ich weiß nicht, ob sie es, wie sie es gemeint hat, aber auf jeden Fall hat sie auf mein Kopftuch gezeigt und meinte so: „ja du kannst das abnehmen“ so. Meine Freundin zum Glück, die nicht-muslimisch ist, saß neben mir und hat mich dann sozusagen verteidigt und meinte: „sie trägt das aus religiösen Gründen.“ Und dann meinte sie: „ah achso“. Also es war sehr widersprüchlich, weil wir leben in Berlin, als ob sie noch nie jemanden mit Kopftuch gesehen hat. (Interview Sümeyye)

Erfahrungen Community-intern in „sicheren Räumen“ teilen; (emotionale) Nachbearbeitung mit anderen Betroffenen, Freund_innen und der Familie

Viele unserer Gesprächspartner_innen berichten, dass es für sie nach Vorfällen **wichtig ist, mit anderen Personen zu sprechen, die ähnliche Erfahrungen gemacht haben.** Hierfür wenden sie sich häufig an Freund_innen oder Mitglieder ihrer Familie, die auch von antimuslimischem Rassismus betroffen sind.

Also wenn dann bereits Leute ihre Solidarität bekunden. Ich bin jetzt nicht Influencerin oder so was, ich hab halt nur meine Freunde und meine Familie auf Instagram, aber das reicht mir

schon wenn ich das mit denen teilen kann und wenn die Solidarität bekunden und auch von ihren Erfahrungen erzählen. Dann ist das für mich so ein communityinterner Austausch und das ist für mich auch zufriedenstellend. (Interview Derya)

Na Austausch mit, Austausch mit Freundinnen, die ähnliche Erfahrungen gesammelt haben oder die andere bestärkt haben, wie damit umgegangen wird. Familie, meine Freunde, ja“ (Interview Rana)

Für die Betroffenen ist dabei ihr **soziales Netzwerk** von besonderer Bedeutung, das als Ressource funktioniert, teilweise aber erst mit der Zeit geschaffen werden konnte. So berichtet Alara, dass sie „die richtigen Menschen“ um sich braucht und es ihr guttut, „wütend sein zu dürfen“:

Auf jeden Fall Räume, um darüber zu sprechen. Und ja, wo ich auch das Gefühl habe, ich kann darüber so lange wie möglich wütend sein, ohne dass ich jetzt Menschen auf die Nerven gehe. Ich glaube, das allererste ist, danach die Möglichkeiten irgendwie zu haben, mit den richtigen Menschen darüber zu sprechen und ehm das sind sozusagen auch Ressourcen, die ich mir so über die letzten Jahre ehm aufgebaut habe in meinen Freundenschaften durch eh regelmäßige Gespräche. Dass da einfach eine Basis ist, auf die ich zurückgreifen kann, wenn so etwas passiert und die mich, wo wir uns sehr gegenseitig stärken und ehm genau ich auch meiner Wut und meiner Verletzung, die ja dann auch da ist, Ausdruck verleihen kann. Als ich anfing, mich überwiegend in so Kreisen von Menschen zu bewegen, die Rassismuserfahrungen machen oder in so Räume zu kommen, wo nur Menschen sind mit Rassismuserfahrungen, habe ich einfach ein ganz anderes Vertrauensgefühl gehabt. Also ich habe mich wohlfühlt. Ich habe das Gefühl gehabt, ehm ich muss bestimmte Dinge nicht erklären. Ich weiß nicht also ich hatte auch keine Angst, dass irgendwie mir jetzt irgendwie was, ich mein schlechte Zuschreibungen gibt es ja in den verschiedensten Kontexten, aber ich hatte einfach weniger Angst vor ja, jetzt würde ich sagen rassistischen Zuschreibungen und ehm hatte das Gefühl, „ich konnte mich mehr entfalten. (Interview Alara)

Das **Bedürfnis, nicht mit bestimmten Erfahrungen alleine zu sein, sich nicht selbst schuldig oder für rassistische Vorfälle verantwortlich fühlen zu müssen**, ist sehr zentral für den Austausch mit anderen Betroffenen. Unseren Gesprächspartner_innen ist es wichtig, dass **ihre Erfahrungen anerkannt werden**. Teilweise kommen hier auch spezifische Strategien zum Einsatz, wie etwa Humor und Sarkasmus, die den Betroffenen als Strategie dienen, sich von den Erlebnissen zu distanzieren und sich über die Situation zu stellen.

Auch wenn man, also ich kenne das zwischen meinen Freunden, kopftuchtragenden Freunden besonders, wenn ich denen sage: „ey, ich wurde heute wieder so und so betitelt“, dann lachen die und sagen: „habe ich noch nie gehört, diese schöne Bezeichnung“ und so. Also man lacht darüber, aber das ist etwas, was einen so ein bisschen Mut gibt. Also ich glaube, Menschen brauchen Zuspruch ja, also, wenn du hörst, wenn

du etwas erzählst und das Gefühl bekommst, das ist etwas, was nicht nur dir passiert ist, also es hat nicht nur damit zu tun, dass du du bist, sondern damit zu tun, dass du einer bestimmten Gruppe angehörst und das passiert anderen auch, das ist etwas, was einen so ein bisschen im Herzen beruhigt. Also du denkst ja, es gibt Menschen, die ein Herz haben und noch verstehen, dass das schlimm ist und nicht verharmlosen, was dir passiert ist. Ja auch egal wie klein es ist, aber nicht verharmlosen, was passiert. (Interview Nawal)

Nicht für alle unsere Gesprächspartner_innen ist dabei eine Betroffenheit vom spezifisch antimuslimischem Ressentiment Voraussetzung:

Man muss ja nicht zwingend Muslimin sein, um dann quasi diskriminierende Erfahrung zu sammeln. Und das hat mich sehr bestärkt. Empowerment, dass man so in der Gemeinschaft quasi, ehm die dann eben gleich denken, gleich ehm ja ähnliche Erfahrungen gesammelt haben, im anderen Kontext. (Interview Rana)

Für wieder andere ist zumindest ein kognitives Analysieren von Situationen auch mit selbst nicht von Rassismus betroffenen Personen möglich. So erzählt Malika, dass sie auch weiße Freund_innen um ihre Einschätzung bittet, „ob Gefühle angemessen sind“ und reflektiert gemeinsam mit Anderen, ob eine Situation rassistisch war oder nicht:

Ich glaube, was mir geholfen hat in der Vergangenheit ist, wenn ich das mit jemandem geteilt habe, dann einfach meine Wahrnehmung noch einmal bestätigt zu bekommen, weil es ja schon auch gerade bei so subtilen Sachen ganz schwierig ist und man natürlich auch aufgrund von bestimmten Erfahrungen manchmal vielleicht Dinge überinterpretiert und Rassismus in Situationen hineininterpretiert, in denen das vielleicht nicht passiert ist so. Wobei ja, passiert und nicht passiert, das ist auch so eine Frage. Also wann ist eine Sache rassistisch oder ist das überhaupt nicht trennscharf so? Wenn ich also von einer Situation jemandem erzählt habe, dass ich mich einfach nochmal rückversichere in dem Gespräch mit Menschen, die mir wichtig sind, ob meine Wahrnehmung so richtig ist. Ob das angemessen ist, dass ich das als diskriminierend und rassistisch empfinde. Ob meine Gefühle dazu angemessen sind ja. Also diese Bestätigung, das ist ein ganz wichtiger Punkt, einfach, dass jemand sagt: „okay, geht gar nicht“ oder irgendwie so: „geht gar nicht, wie diese Person sich da verhalten hat, das ist überhaupt nicht in Ordnung.“ Das finde ich hilfreich ja. (Interview Malika)

In Bezug auf die Beratungsbedarfe zeigt sich hier, dass **für einige Befragte ein kognitives Analysieren von Vorfällen und Situationen auch mit Weißen Personen hilfreich ist, während eine emotionale Bearbeitung, ein kollektives Nachempfinden in Räumen praktiziert werden kann, die sich durch geteilte Erfahrungen auszeichnen**. Unterstützung beginnt allerdings nicht erst nach den Vorfällen, sondern bereits in den Situationen selbst. Hier betonen unsere Gesprächspartner_innen, dass **Solidarität und Zivilcourage von Nicht-Betroffenen** für sie sehr wichtig ist.

4.4 Bedarfe in Bezug auf Beratungsstellen und -angebote

Die von antimuslimischem Rassismus betroffenen Personen äußern unterschiedliche Bedarfe im Hinblick auf Beratungsstellen und -angebote. Während **viele unserer Gesprächspartner_innen Beratungspotenzial vor allem bei selbst Betroffenen sehen, da diesen durch den ähnlichen Erfahrungshintergrund ein besseres Verständnis von rassistischen Situationen** zugeschrieben wird, spielt dies für andere Betroffene keine entscheidende Rolle, insbesondere dann, wenn sie sich eine sachlich-nüchterne und häufig auch juristische Analyse wünschen. **In jedem Fall aber sollten die Berater_innen sensibilisiert sein** und gleichzeitig eine gewisse professionelle Distanz in der Beratung erkennen lassen (vergleiche hierzu auch Yanik-Şenay 2017).

Kostenlose rechtliche und psychosoziale Beratung werden immer wieder als klarer Wunsch formuliert. Die Angebote sollten außerdem niedrigschwellig sein: Es sollte mit einem möglichst geringen Aufwand verbunden sein, Fälle zu melden und Beratung zu erhalten. Hierzu zählt eine **gute Erreichbarkeit, sowohl in Bezug auf die sozialräumliche, lebensweltliche Nähe als auch in Bezug auf unterschiedliche Kontaktkanäle. Formate, die bisher weniger etabliert sind und die auf Austausch, längerfristige Vernetzung und gegenseitige Beratung** zielen, lassen sich außerdem als Bedarfe unserer Gesprächspartner_innen erkennen.

Kostenlose rechtliche Beratung und Prozessbegleitung

Die **Möglichkeit, kostenlos rechtlich beraten** zu werden, ist vielen Gesprächspartner_innen ein Anliegen, **damit sie keine finanzielle Belastung tragen müssen, wenn sie versuchen, ihre Bürgerrechte zu verteidigen.** Das Risiko, am Ende Verfahrenskosten zu tragen, ohne auf juristischer Ebene erfolgreich gewesen zu sein, wird von vielen als zu hoch eingeschätzt, wenn es keine entsprechende Unterstützung gibt.

Na klar, rechtliche Beratung. Weil man ist ja irgendwann ja noch mal en; wie das dann bei mir passiert ist. Warum hat der Staatsanwaltschaft, warum hat der Staatsanwalt oder Anwalt einfach zu mir gesagt „Fatma lieber nicht“ weil es immer aus meiner Tasche rausgehen wird. Aber letztendlich würde da nichts klappen. Also dass ich dann wenigstens finanziell entlastet werde. Weil ich erlebe Rassismus, gilt ja nicht nur für mich, gilt, gilt für viele andere auch hier in Berlin. Und eh wenn ich Rassismus erlebe und selber bezahlen muss, aber trotzdem nichts rauskommt, denkt man sich: „okay, was mach ich denn hier noch? Lohnt es sich überhaupt?“ Nicht jeder hat einen Anwalt, nicht jeder verdient Geld oder nicht ausreichend Geld. Ich arbeite, ich verdiene Geld, aber ich kann doch jetzt nicht mein Geld rauswerfen. Und eh viele kriegen es ja finanziell ja gar nicht hin so (unverständlich) zu gehen. Und eh auf jeden Fall rechtliche Hilfe, das ist sehr wichtig. Und rechtlich auf jeden Fall nur, dass die sagen, die rechtliche Situation kostenlos ist. „Kommt her, macht ne An-

zeige und bis zum Schluss werden wir uns um euch kümmern, eh und da braucht ihr nichts bezahlen.“ (Interview Fatma)

Okay zu wissen zum Beispiel, dass ich sicher vor Gericht ziehen kann und dabei einen Rechtsanwalt habe und den nicht selber zahlen muss. (Interview Kalima)

Kostenlose psychologisch-beratende, langfristig stärkende Begleitung

Neben einer kostenlosen juristischen Beratung wünschen sich einige Gesprächspartner_innen auch eine **kostenfreie psychologische Beratung.** Auch hier wird die Wahrscheinlichkeit, dass entsprechende Möglichkeiten genutzt werden, als sehr viel höher eingeschätzt, wenn die Angebote kostenfrei sind. Gleichzeitig wird eine persönliche Begleitung als unrealistisch, als „Wunschvorstellung“ gehandelt.

Das wäre ein unrealistischer Wunsch, der schön wäre, dass man so eine Art persönlichen Berater kriegt. So einen Coach. So auch eine gute psychologische Beratung, Betreuung. Psychologen sind teuer. So wie Rechtsanwälte. Das ist einfach so was alles. Psychologen an die Hand, Rechtsanwälte. Das, was man sich vielleicht selber gar nicht leisten kann. Das wäre schön. (Interview Kalima)

An der Aussage unserer Gesprächspartnerin lässt sich neben dem Wunsch nach einer umfassenden fachlichen Beratung auch das **Bedürfnis nach einer nicht nur punktuellen, sondern kontinuierlicheren Begleitung** erkennen.

Du kannst nur lernen, wie du vielleicht das nächste Mal besser damit umgehst. Oder in der Situation; also das schlimmste ist ja immer dieses Gefühl im Nachhinein, oh hätte ich mal, hätte ich mal noch das und das gesagt. Das ist so, die Situation ist vorbei. Die wird nicht mehr wiederkommen. Und du hast danach erst so realisiert. Und wenn man dann durch so eine Beratung versteht, okay guck mal, beim nächsten Mal weiß ich so und so besser zu reagieren und jemand coacht dich quasi ein bisschen, wie du damit umgehst. (Interview Kalima)

Neben der Beratung im Nachgang von antimuslimisch-rassistischen Vorfällen wird hier also der Wunsch nach einer langfristig stärkenden Begleitung geäußert. Auch andere Betroffene äußern den **Wunsch nach Angeboten, die zu einer Stärkung im Hinblick auf zukünftig zu erwartende Erlebnisse beitragen.**

Und was mir auch spontan einfällt, die könnten es auch so machen, dass man den eh Leuten hilft, wie man dagegen arbeitet. Falls Rassismus passiert, wie soll ich da reden? Wie soll ich da handeln? Soll ich leise sein? Soll ich da entgegenwirken? Soll ich schreien? Soll ich schimpfen? Soll ich gleich die Polizei anrufen? Wie soll ich da handeln? Was soll ich sagen? Wissen ja viele nicht. Ich wusste es auch nicht am Anfang, ich war immer leise. Nur dann im Nachhinein hab ich mich aufgebaut. Weil ich da gesehen

habe, es macht kein Sinn, wenn ich leise bin. Weil dann werde ich ja noch mehr unterdrückt von denen. (Interview Fatma)

Also dass man mich auf jeden Fall stärkt und für mich da ist und vielleicht auch sagt, wie ich mich in Zukunft in so einer Situation, ich weiß nicht, wie man sich so in so einer Situation eigentlich auch verhält, wenn man irgendwie diskriminiert; weil manchmal ist man so ohnmächtig. Man weiß einfach nicht, was man machen soll. (Interview Sümeyye)

Vernetzung zwischen Betroffenen und Beratungsinstitutionen

Beratungsinstitutionen könnten, so der Wunsch einiger Gesprächspartner_innen, auch **Workshops und Vernetzungsmöglichkeiten sowie Räume zum Austausch und zum Kennenlernen** eröffnen, wie beispielsweise Gesprächskreise.

Ehm dass es nicht zu so einem einmaligen Ding oder Event werden muss, zu einer Beratungsstelle zu gehen, sondern dass man da irgendwie stetig in Kontakt ist in Beziehung miteinander ehm dass da irgendwo eine krasse Vernetzung vielleicht auch da ist, einfach zwischen Betroffenen, zwischen mir und Beratungsstellen, das ehm ja also vielleicht auch. Ehm ich überlege gerade, ob vielleicht auch so, ich weiß nicht, wie die Beratungsstellen aufgestellt sind, was für Angebote sie haben, aber ich habe das Gefühl, oft sind es ja nur so Beratungsangebote, die konkret auf ehm Empowerment und juristische Beratungen und so abzielen und vielleicht eben daneben auch ehm Angebote ehm entweder irgendwelche Workshops, Aktionen, Events, eh Vernetzungstreffen, wo man zusammenkommt ohne jetzt konkretes Angebot wahrnehmen zu müssen, sondern um sich kennenzulernen, um ehm in Beziehungen miteinander zu treten. (Interview Alara)

Eh ich fänds glaube ich sehr sehr cool, wenn ich dann auch dann mit anderen so, dass man sich dann auch mit anderen vernetzen, also dass es dann auch vielleicht ein bisschen so ein Gefühl von Gemeinschaft hervorrufen würde, wenn man da halt hingehet und sich auch mit so vielleicht einen auf so anonyme-Alkoholiker-mäßig, so dann mit anderen Leuten darüber dann auch unterhalten kann. Und dass man halt so die Erfahrungen austauscht, weil eh ich glaube, das würde eh mir glaube ich am meisten, also wenn ich sehe, okay ich bin nicht alleine mit meinen Problemen so, eh das was mir passiert, passiert auch durchaus anderen Menschen. (Interview Ali)

Niedrigschwellige, gut erreichbare Beschwerdestellen

Die Betroffenen regen eine **Niedrigschwelligkeit der Beratung an, indem beispielsweise in der Universität oder am Arbeitsplatz eine Beschwerdestelle eingerichtet wird**, die leicht zugänglich und erreichbar ist. Ferner wird auf die **Bedeutung unterschiedlicher Kontaktkanäle** hingewiesen.

Ja ehm also ich würde jetzt sagen Niedrigschwelligkeit, kann es aber auch irgendwie nicht so beurteilen, weil ich noch nie so richtig versucht habe, in Kontakt zu treten in Bezug auf eigene Erfahrungen. Es kann sein, dass es total niedrigschwellig ist, ich mir das irgendwie nur so eh vorstelle, als wäre es ein supergroßer Schritt, denn die sind für mich nicht so sichtbar in meinem Umfeld also. Aber das hängt dann glaube ich damit zusammen, dass in den Kontexten, in denen ich mich bewege, es einfach keine Stellen gibt, die darauf verweisen oder eben diesbezüglich ein Raum eröffnen. Also wer; zum Beispiel im Kontext von der Arbeit oder gut im Kontext von der Hochschule sind die gerade dabei, eine Art Beschwerdestelle einzurichten, die dann möglicherweise auch wieder verweisen könnten und so weiter und so fort (Interview Alara)

Ich habe das Gefühl also für mich fühlt sich das an, als wäre es so voll der große Step ehm zu so einer Beratungsstelle zu gehen. Und ich glaube, dann ist es also so zum einen in Bezug auf ehm da muss ich einen Termin machen, da muss ich hin gehen. Also es ist halt so zeit- und kraftaufwendig, so stelle ich mir das vor. Und ich habe das Gefühl, mein Alltag lässt es gerade nicht zu, weil ich gerade einfach gucken muss, dass ich meinen Alltag stabil halte. (Interview Alara)

Also von der Erreichbarkeit her glaube ich, dass es schon wichtig ist, da ein niedrigschwelliges Angebot zu machen, also ich denke, ist wichtig, dass man verschiedene Möglichkeiten hat, diese Beratungsstelle zu kontaktieren. Ich weiß jetzt nicht, wie es bei den Beratungsstellen ist, aber es gibt ja bei anderen Einrichtungen manchmal so ganz schwierige Sprechzeiten zum Beispiel oder dann rufft man da irgendwie fünfmal an und erreicht niemanden oder so, also das fände ich schon wichtig, dass die Erreichbarkeit gut ist und niedrigschwellig im Sinne von, es gibt nicht nur einen Kanal über den man Kontakt aufnehmen kann, sondern verschiedene. (Interview Malika)

Also ich finde es sollte auf jeden Fall niedrigschwellig sein. Es sollte keine Barrieren irgendwie geben, dass man schwer da rankommt, dass es vielleicht keine Ahnung, dass man vielleicht telefonisch; anonym wäre ja vielleicht auch zum Beispiel eine Sache, die vielen vielleicht, auch mir, gut tun würde, dass man diese Anonymität bewahrt und einfach immer anrufen könnte. Oder auch wenn man in der Beratungsstelle jetzt vor Ort, dass es halt einfach niedrigschwellig ist. Dass man, keine Ahnung, die Öffnungszeiten zum Beispiel oder dass man auch direkt angenommen wird, dass man nicht weggewiesen wird. (Interview Sümeyye)

Genau oder halt Beratungsstellen in der Universität. Hätten wir so etwas am Institut also so in greifbarer Nähe, weil meine Universität ist so ein bisschen zu allgemein für mich. Wir sind wirklich ein sehr spezieller Studiengang. Wir sind nur eine sehr kleine Gruppe im Jahrgang gewesen, wo ich das erlebt hab und das war wie so eine große kleine Familie, immer dieselben Leute über einige Jahre hinweg. Ich hatte mir am Institut zur Beratungsstelle gewünscht, dann wäre ich dann auf jeden Fall hingegangen. (Interview Derya)

Unsere Gesprächspartner_innen verweisen wiederholt darauf, dass die Kontaktierung der Beratungsstruktur für sie bereits an sich eine Belastung darstellt, weswegen der Aufwand, diese zu kontaktieren und in Kontakt zu bleiben, möglichst gering gehalten werden sollte. Hieraus erklärt sich auch der **Wunsch nach einer proaktiven Haltung der Berater_innen:**

Ich hatte bei dieser Beratungsstelle ja angerufen und dann hat die Person, mit der ich da gesprochen habe, mir nahe gelegt, mich noch einmal zu melden und über den weiteren Verlauf mit der Person zu sprechen und das habe nicht gemacht. Und es wäre mir leichter gefallen, wenn die Person gesagt hätte: „ich melde mich dann und dann noch einmal bei Ihnen.“ Also wenn die Person sich bei mir gemeldet hätte, weil dann hätte ich bestimmt noch einmal darüber gesprochen. Ich weiß, dass es mir in der Situation vielleicht gut getan hätte. (Interview Malika)

Bedarfe in Bezug auf nichtmuslimische, weiße deutsche Berater_innen

Einige unserer Gesprächspartner_innen würden sich über **fachlich kompetente, nichtbetroffene Berater_innen freuen und sehen hierin ein Zeichen**, dass die durch (antimuslimischen) Rassismus hergestellten sozialen Positionen („die Muslime“ gegenüber „den Deutschen“) überwunden werden können. Zusätzlich wird die ihnen zugeschriebene emotionale Distanz von einigen der Betroffenen als Vorteil verstanden.

Erstmal eh Muslime mit Muslime eh wo ich mir denke, ich geh dahin und die haben die gleiche Situation wie ich, tun die mir ja auch leid. Da würde ich eher erwarten, dass das Deutsche sind, warum nicht? Ich sehe, wenn ich dahin gehe, dass ich nicht diese Vorurteile habe „scheiß Deutsche“, hab ich ja eh nicht und mit den Deutschen andersrum genauso. Dass man nicht sagt „alle Deutsche sind gleich“, sondern guck mal, das sind Deutsche, die mir helfen. Dass man sich das mal vorstellt. Boah guck mal, ich klopf da an und das sind Deutsche, die gerade hinterm Schreibtisch sitzen, die mir helfen wollen, die mich an einem Punkt unterstützen (Interview Fatma)

Also auf jeden Fall, dass das Menschen sind, die mit diesen Themen vertraut sind, aber irgendwie auch eine gesunde emotionale Distanz haben. Also vielleicht, dass tatsächlich dann auch Nichtmuslime mitwirken, weil ich habe das Gefühl, als Personen muslimischen Glaubens hast du irgendwie dann immer einen emotionalen Bezug zu dem Geschehen und mir wäre vielleicht wichtig, mir Hilfe zu holen von Leuten, die das zwar nachvollziehen können, aber nicht unbedingt 100 Prozent nachempfinden können. Ich weiß gar nicht, warum ich so denke, aber ich habe das Gefühl, dass es dann eh ne gesündere, ne gesündere Beratung wäre, wenn die Person sich emotional etwas distanzieren kann von dem Thema. Das wäre mir vielleicht wichtig, also dass das so, dass das Menschen sind, die kompetent sind und gemischt sind. (Interview Derya)

Bedarfe in Bezug auf selbst von (antimuslimischem) Rassismus betroffene Berater_innen

Viele der Betroffenen betonen demgegenüber, dass es für sie **von Bedeutung ist, dass die Berater_innen selbst von (antimuslimischem) Rassismus betroffen sind, da sie nur so in der Lage seien, die Erfahrung adäquat verstehen zu können.** Gleichzeitig wird **auch hier eine professionelle Distanz in der Beratung gewünscht**, damit der Vorteil, das Erlebnis nachvollziehen zu können, nicht zum Nachteil wird, weil eigene Strategien und Bewertungen einfließen.

Also ich glaube sogar, dass ich von einem Personal, welches selber auch solche Erfahrungen gemacht hat, also vom betroffenen Kreis würde ich mich viel aufgehobener fühlen, weil ich weiß, okay, sie oder er weiß auch, wie das ist. Und genau. Also das wäre mir vielleicht auch wichtig, dass die Person vielleicht auch Diskriminierungserfahrungen macht, aufgrund ihrer, keine Ahnung, Religion, Herkunft und so weiter und so fort. (Interview Sümeyye)

Ja also, ich denke gerade darüber nach, ob es wirklich selbst Betroffene sein sollten oder nicht und ich bin da ein bisschen unschlüssig. Einerseits ist das natürlich total hilfreich, weil dann eine gewisse Sensibilität vorhanden ist und ein gewisses Verständnis, was man nicht haben kann, wenn man nicht selber zu der Gruppe gehört, das ist einfach meine Erfahrung, dass dieses Verständnis nicht existent ist bei allen anderen Menschen. Selbst wenn sie zu einer anderen diskriminierten Gruppe gehören, ist es trotzdem einfach nicht existent und selbst wenn sie einem sehr nahe stehen, ist es einfach nicht existent. Es gibt Dinge, die kann ein Mensch nicht nachvollziehen, wenn er sie nicht erlebt hat und Diskriminierung ist eine von diesen Sachen finde ich, deswegen finde ich es schon auch, also finde ich schon, dass es Potenzial hat, wenn die Person selbst betroffen ist. Andererseits kann es auch sein, dass diese Betroffenheit, diese eigene Betroffenheit so etwas Emotionales dann mitbringt irgendwie, was vielleicht für die Situation gar nicht angemessen ist. Also so etwas wie ja, vielleicht eine Empfehlung aus eigener Betroffenheit heraus, eine Empfehlung auf irgendeine bestimmte Art und Weise zu reagieren, obwohl diese Empfehlung vielleicht gar nicht angemessen für die Situation ist, sondern eher mit der eigenen Betroffenheit zusammenhängt. Ich bin mir also nicht sicher, ob die Person, wenn sie selbst betroffen ist, genug differenzieren kann zwischen ihren eigenen Erfahrungen und der Situation mit der sie gerade konfrontiert ist. Ich glaube, das erfordert sehr viel Feingefühl und sehr viel Erfahrung. (Interview Malika)

Ich glaube, also ich weiß, dass es auch weiße Beraterinnen gibt, die sehr kompetent sind. Aber ich glaube ehm und ich denke für bestimmte Kontexte ist es auch vollkommen in Ordnung, wenn es um so juristische Beratung oder was weiß ich was geht. Aber ich habe das Gefühl, es bringt mir oder es tut mir immer viel besser, wenn ich mit Betroffenen selbst rede, weil ich dann wirklich weiß, dass sie verstehen was ich meine, nicht nur das theoretisch nachvollziehen können, sich auf

Grund eh weil sie diese Zeit haben, sich so viele damit auseinanderzusetzen, das Wissen, sondern einfach aufgrund von eigenen Erfahrungen eh genau. Und dass eben gegenüber von mir ne Person sitzt, die eben selbst diese Erfahrungen gemacht hat. Ja mir ja auch in dem Moment irgendwie ein Vorbild sein kann, weil sie sich tagtäglich mit diesem Thema auseinandersetzt und trotzdem da empower ist und anderen Menschen irgendwie weiterhelfen kann. Also eh ja und ja genau, mir eben auch die Freiheit lassen für meine eigenen, für meinen eigenen Weg in diesem Prozess dann oder wie ich damit umgehen möchte. (Interview Alara)

Fachliche Qualifikation und (rechtliches) Grundlagenwissen der Beratenden

Die Befragten betonen die **fachliche Qualifikation und rechtliches Wissen** als essentiell für eine hilfreiche Beratung, ebenso wie **Empathie** gegenüber den Beratungssuchenden.

Von der Qualifikation her glaube ich, dass es einerseits total wichtig ist, dass da rechtliches Grundlagenwissen irgendwie vorhanden ist, also so wie jetzt in meinem Fall, da wusste ich halt, dass die Person die Gesetze kennt so. (Interview Malika)

Also das, was sie mitbringen sollten, die Personen, die da arbeiten, müssen natürlich Kenntnis über die Thematik haben, sich eh in dem Sinne empathisch einfühlend können wie es der Person geht, die diskriminiert worden ist. (Interview Malika)

Also die genau wissen, wovon wir hier sprechen und dann eh zum Beispiel auch eh Hinweise geben können, wo man eh Hilfe findet oder wo man beraten werden kann oder muss ja nicht die Anlaufstelle selbst sein, aber dass die eben connecten können irgendwie ja. (Interview Rana)

Einige unserer Gesprächspartner_innen betonen dabei, dass sie Beratung nicht als einen rein mentalen Beistand verstehen, sondern sich **konkrete Ergebnisse** wünschen.

Dass ich auf jeden Fall nicht mit leeren Händen rausgehe. Weil wenn ich nur da sitze und von meinen Problemen erzähle und die Person hört mir nur zu – ich will das jetzt nicht klein reden, dass einem zugehört wird – aber dann würde ich es bevorzugen, zu einem Psychologen zu gehen als zu einer Beratungsstelle. Ich glaube, dass ich mir einfach aus Beratungsstellen keine Ergebnisse verspreche, keine Lösungen, also vielleicht habe ich auch einfach Vorurteile. Was müsste da rauskommen? Vielleicht Konsequenzen für die Personen, die Unrecht getan hat und Lösungen für die Person, die Unrecht erlebt hat. (Interview Derya)

Insgesamt wird deutlich, dass die Wünsche der Betroffenen hinsichtlich des Beratungsangebots divers sind. Auch wenn Parallelen sichtbar sind, existieren durchaus unterschiedliche Vorstellungen, beispielsweise hinsichtlich der Beratenden selbst. Bezogen auf den **Ort** der Beratungsstelle wird häufig

der Wunsch nach **guter Erreichbarkeit** geäußert. Was die **Form** betrifft, wird **kostenlose und niedrigschwellige Beratung** erwünscht. Auch der Inhalt der Beratung wird angesprochen, hier geht es häufig um Verfahrenswissen. **Zusätzlich zu den bestehenden Beratungsgesprächen wird der Wunsch nach einem Austausch- und Vernetzungsmöglichkeiten** zwischen Betroffenen geäußert. In Bezug auf die **Beratenden** zeigen sich ambivalente Wünsche: während einige Gesprächspartner_innen die Vorteile von Beratungen mit selbst von (antimuslimischem) Rassismus betroffenen Beratenden hervorheben, weisen andere Teilnehmende darauf hin, warum es für sie passend sein kann, von nicht selbst negativ betroffenen Personen beraten zu werden. Einige der Wünsche der Betroffenen werden in dem bestehenden Angebot bereits umgesetzt werden (beispielsweise Beratungen von selbst betroffenen und nicht direkt betroffenen Beratenden, kostenlose Beratung), bei anderen Wünschen besteht jedoch noch ein Spielraum zur Erfüllung (beispielsweise bezogen auf Vernetzungsmöglichkeiten zwischen Betroffenen sowie Betroffenen und Beratungsstellen).

5. FAZIT/AUSBLICK

Auf Grundlage der Betroffeneninterviews, der Interviews mit Expert_innen und Berater_innen sowie der Umfrage unter Berliner Beratungsinstitutionen können wir folgende **Handlungsempfehlungen zur Weiterentwicklung der Berliner Beratungsstruktur** im Hinblick auf antimuslimischen Rassismus aussprechen:¹²

1. Ausbau einer niedragschweligen Beratungsstruktur über Lebensweltbezüge

Ein gut zugängliches, kostenfreies Beratungsangebot kann als gesellschaftliches Signal verstanden werden, dass antimuslimischer Rassismus ein Problem ist, das ernst genommen wird und mit dem die Betroffenen nicht alleine gelassen werden. Folgende Maßnahmen zum Ausbau des Angebots sind auf Grundlage unserer Befunde denkbar:

a. Spezifische Beratungsangebote in Bezug auf Bildungsinstitutionen und somit solche Institutionen, die über den weiteren Lebensweg der Betroffenen zentral mitentscheiden.

Sie werden besonders häufig als Orte genannt, an denen antimuslimischer Rassismus erlebt wurde. Eine spezifische Melde- und Beschwerdefrastruktur ist hier sinnvoll. Berlin hat hier mit der Einführung der Stelle einer_s Antidiskriminierungsbeauftragten für Schulen einen ersten Schritt gemacht. Offensichtlich ist das Angebot in der Breite aber kaum spürbar, es erscheint wichtig, dass die Stelle besetzt und sowohl in finanzieller Hinsicht als auch im Hinblick auf Interventions- und Gestaltungsbefugnisse so ausgestattet ist, dass sie wirksam wird. In Bezug auf größere Bildungsinstitutionen wie Hochschulen sind eigene Beratungsstellen hilfreich. Die Alice-Salomon-Hochschule geht hier als Beispiel voran, es gibt bereits eine hochschulspezifische Erstberatung bei Diskriminierung.

b. Hieran anknüpfend wäre ein lebensphasen- und lebenslagenspezifisches Angebot sinnvoll.

So wäre eine gezielte Beratung für junge Menschen hilfreich, etwa vor dem Hintergrund des Übergangs von Schule in den Beruf bzw. die Weiterqualifikation, damit Vermeidungsstrategien (wie bei Orten) unwahrscheinlicher werden und die Lebenschancen nicht entsprechend negativ beeinflusst werden. Empowermentprozesse anzustoßen ist besonders bedeutsam, während biografische Entscheidungsprozesse ablaufen (Sarma 2022: 132)

Auch für ältere Menschen könnte es spezifische Angebote geben, sie scheinen bisher kaum ausreichend adressiert und erreicht zu werden. Dabei bedarf es auch eines Angebots, das ein spezifisches Wissen über Begriffe wie Diskriminierung und antimuslimischen Rassismus nicht voraussetzt: „Leute melden sich auch nicht, weil sie den Rassismus nicht erkennen, der ihnen widerfährt. Meine Elterngeneration hat so viel erlebt. Sie würde es trotzdem nicht als Rassismus identifizieren.“ (Benbrahim 2022: 119, vergleiche auch El-Mafaalani 2018)

Vor dem Hintergrund des antimuslimischen Rassismus ist eine Sensibilität für geschlechtsspezifische Erfahrungen unerlässlich. Einerseits ist der hohe Grad der Betroffenheit von Frauen anzuerkennen, andererseits sollten geschlechtsspezifische männliche Erfahrungen nicht aus den Augen verloren werden (vergleiche hierzu Kaddor/Karabulut/Pfaff 2018: 12-15).

Einerseits ist es wichtig, dass Institutionen etwa mit dem Fokus auf Geschlechts- oder Altersdiskriminierung respektive all-gemeine Beratungsstellen antimuslimischen Rassismus als relevantes Thema anerkennen und sich entsprechend aufstellen, andererseits sollten Institutionen, die primär antimuslimischem Rassismus adressieren, die Verschränkung mit andern Differenz- und Ungleichheitsdimensionen im Blick haben und in ihren Angeboten berücksichtigen.

c. Spezifische Beratungsangebote in Bezug auf das Gesundheitswesen.

Spezifische Beratungsangebote in Bezug auf gesundheitsbezogene Leistungen könnten durch die institutionelle Einfassung von Beratungsangeboten ermöglicht werden, Antidiskriminierungsarbeit ist notwendig in Institutionen, in denen (institutionelle) Diskriminierung geschieht (Dib/Benbrahim 2022: 112).

d. Die sozialräumliche Nähe der Beratungsangebote muss verbessert werden. Derzeit konzentrieren sich die Einrichtungen auf bestimmte Bezirke. Da die meisten Vorfälle im Alltag und in der Öffentlichkeit geschehen und niedragschwellig bearbeitet werden sollten, wäre eine Verteilung der Institutionen über das Stadtgebiet hinweg hilfreich, da räumliche Entfernungen große Hürden darstellen, um eine Beratung in Anspruch zu nehmen (Dib 2022: 114).

Die Melde- und Beratungsstellen sollten unterschiedliche Kontaktkanäle eröffnen (dies wird bereits zu einem hohen Grad praktiziert).

Eine klare Positionierung zu antimuslimischem Rassismus ist notwendig; die Nähe zur Community, etwa über Kontakt zu Moscheegemeinden und eine Vernetzung mit denselben, sollte zumindest bei einigen Angeboten gegeben sein.

¹² Unsere Ergebnisse bestätigen dabei weitgehend den bisher vorliegenden, in der Regel auf den gesamtdeutschen Kontext bezogenen, Forschungsstand (siehe Kapitel 2).

Projektfinanzierungen verhindern eine nachhaltige Arbeit und den Auf- und Ausbau einer tragfähigen Struktur und Vernetzung. Die Statistiken zeigen, dass immer mehr Fälle von antimuslimischem Rassismus verzeichnet werden. Von einem nur vorübergehenden oder sinkenden Bedarf ist nicht auszugehen. Für eine nachhaltige, zielgruppenspezifische Beratung ist ein etablierte, vernetzte Struktur und kontinuierliche Arbeit unabdingbar.

2. Fachliche Qualifikation und Diversität der Beratenden

Wie unser Beispiel einer Opferberatung zeigt, haben die Erfahrungshintergründe der Berater_innen einen direkten Einfluss auf die Erfassung von antimuslimischem Rassismus bzw. eine entsprechende Sensibilität. Auch unspezifische Beratungsstellen sollten vor diesem Hintergrund auf die Diversität ihrer Berater_innen achten. Auch nicht-deutschsprachige Ansprachen und Angebote könnten hier für eine bessere Reichweite sorgen. Zusätzlich bedarf es einer entsprechenden fachlichen Qualifizierung sowie Wissen über das Phänomen antimuslimischer Rassismus sowie entsprechende Unterstützungsstrukturen und Meldesysteme, ebenso wie eine noch stärkere Vernetzung unterschiedlicher Beratungsstellen.

Alle Berater_innen müssen über eine professionelle Distanz, Beratungskompetenz und rechtliches Hintergrundwissen verfügen. In der Literatur werden in Übereinstimmung mit den Bedarfen der Betroffenen sachliches Wissen und Kompetenz in Bezug auf Handlungsmöglichkeiten sowie Raum für individuelle Bedürfnisse und Handlungsentscheidungen genannt. Gegeben sein müssen a) eine klare parteiliche Haltung, b) die Unterstützung durch „technisches“ Wissen sowie c) die Offenheit der Beratung (vergleiche hierzu Köbberling/Najibullah/Sarma/ Shamu 2022: 136f.). Die Berliner Beratungsstruktur scheint in dieser Hinsicht grundsätzlich bereits gut aufgestellt.

3. Inhaltliche Erweiterung der Beratungsformen

Die meisten Betroffenen, die angeben, (teilweise) widerständig zu reagieren, berichten, dass sie dies in der Vergangenheit nicht getan haben. Zum Teil bereuen sie, früher Situationen ertragen zu haben, ohne zu widersprechen und wünschen sich, bereits damals in der Lage gewesen zu sein, sich zur Wehr zu setzen. Um diesem Bedürfnis nachzukommen, braucht es Angebote präventiver Stärkungen. Antimuslimischer Rassismus ist für viele Befragte hyperpräsent; der nächste Vorfall ist nur eine Frage der Zeit, weswegen Angebote, die die Sprech- und Handlungsfähigkeit erhöhen (Empowerment-Angebote) Teil der Beratung sein können.

¹³Hier ist über die Einführung kollektiver Bearbeitungsstrukturen (Community-Angebote) nachzudenken. Gegenseitige Beratungen würden auch dem Bedürfnis, nicht „Opfer“ sein

zu wollen, dem geholfen werden muss, entgegenkommen und in einigen Fällen ggf. erst die Bearbeitung von eigenen Rassismuserfahrungen ermöglichen (Benbrahim spricht von „Ermutigungsstrategien“, von Räumen und Möglichkeiten, rassistische Vorfälle zu artikulieren (Dib/Benbrahim 2022: 119)). Eine stärkere Vernetzung zwischen Betroffenen und von Betroffenen und Beratungsstellen, statt „nur“ punktuell-individualisierender Angebote, wäre hier ein Fortschritt, dem auf den Bedarf einer kontinuierlicheren Begleitung entgegenkommen würde und der Erfahrung, dass ein Austausch als stärkend erlebt wird, Rechnung tragen. Bei der Erarbeitung von Handlungsoptionen bedarf es einer Offenheit für religiöse Strategien.

4. Übersichtliche Darstellung und Bekanntmachung des Beratungsangebots

Die Heterogenität der Beratungsangebote und die damit verbundene Trägervielfalt kann als Pluspunkt der Berliner Beratungsstruktur verstanden werden, da sehr unterschiedliche Personen mit sehr unterschiedlichen Bedarfen von antimuslimischem Rassismus betroffen sind. Gleichzeitig braucht es vor diesem Hintergrund eine übersichtliche Darstellung des Beratungsangebots; eine Klarheit in Bezug auf die unterschiedlichen Angebote: Geht es „nur“ um die Meldung oder auch um Beratung? Wird juristische oder psychosoziale Unterstützung angeboten oder beides? Wer sind die Beratenden? Welche anderen Angebote und Anlaufstellen gibt es? Und so weiter.

Es wäre hilfreich, wenn die Bekanntheit der Beratungsangebote gesteigert werden könnte. Viele Angebote scheinen den Betroffenen nicht bekannt zu sein. So existieren neben den persönlichen Beratungsangeboten auch solche für Fachkräfte, Institutionen und Multiplikator_innen (siehe Anhang 6), die bisher aber nicht ausreichend bekannt zu sein scheinen. Auch eine längerfristige Begleitung ist teilweise bereits möglich, scheint aber kaum als Option bekannt.

5. Komplementäre politische Aufgaben

a. Etwa im Bildungs- und Gesundheitsbereich, aber auch im Hinblick auf die Polizei besteht ein Schulungsbedarf. Betroffene gehen mit dem Wunsch der Erfassung bisweilen zur Polizei (und nicht zu einer Melde- oder Beratungsstelle). Eine Sensibilität gegenüber der Thematik sowie entsprechendes rechtliches Wissen sind vor diesem Hintergrund notwendig, inklusive der Kenntnis der Melde- und Beratungsstruktur. „Nur“ Anzeige aufzugeben ist für viele Betroffene häufig enttäuschend, da diese teilweise abgewiesen werden oder erfolglos verlaufen. Der mit einer Anzeige häufig verbundene Wunsch nach institutioneller Anerkennung ist aber in einem Beratungs-

¹³ Neuere Projekte wie „Yallah! Antimuslimischem Rassismus entgegenzutreten“ scheinen einige dieser Aspekte konzeptionell bereits zu berücksichtigen.

setting, ebenso wie parteiliche Beratung und Solidarität, eher möglich (vergleiche Sarma 2022: 129).

b. Antimuslimischer Rassismus wird auch durch private Unternehmen als Handelnde (Security am Flughafen, Kontrolle an der Clubtür) reproduziert. Hier müssen rechtliche und zivilgesellschaftliche Optionen geprüft werden, auf Unternehmen – positiv wie negativ – hinzuweisen.

c. Solidarität und Interventionen ermöglichen: Maßnahmen, die die Befähigung zur Intervention bei rassistischen Vorfällen in der Öffentlichkeit, aber auch in Familien- und Freund_innenkreisen stärken, sind zu fördern. Viele Betroffene berichten, wie bedeutend die Solidarität auch von Nicht-Betroffenen für sie ist.

d. Intervention in diskriminierende politisch-mediale Diskurse: Antidiskriminierungsarbeit fängt mit Interventionen in Situationen, in denen diskriminiert wird, an. Dazu gehören nicht nur Interventionen im öffentlichen Raum, sondern auch in politische Debatten (vergleiche auch Benbrahim 2022: 112), da gesellschaftliche Diskurse der Nährboden für antimuslimischen Rassismus sind und sogar ein direkter Zusammenhang von diskriminierenden Diskursen und Anzahl von Übergriffen festgestellt worden ist.

6. LITERATUR- VERZEICHNIS

Achour, Sabine (2019): „Der Islam“ im Fokus von rechts. Was heißt das für die Lehrkräftebildung? In: Schedler, Jan/ Achour, Sabine/ Elverich, Gabi/ Jordan, Annemarie (Hrsg.): Rechtsextremismus in Schule, Unterricht und Lehrkräftebildung. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 169-182.

Akbaba, Yalız (2017): Lehrer*innen und der Migrationshintergrund. Widerstand im Dispositiv. Weinheim: Beltz Juventa.

Antidiskriminierungsstelle (o.J.): Über Diskriminierung. <https://www.antidiskriminierungsstelle.de/DE/ueber-diskriminierung/ueber-diskriminierung-node.html;jsessionid=1E627CD4D-0E67353F2D662741924C232.intranet242>. Abgerufen am: 08.11.2021.

Antidiskriminierungsverband Deutschland (o.J.): Inssan e. V.: Antimuslimischer Rassismus in Berlin nimmt zu. Die Fallzahlen steigen kontinuierlich an.... <https://www.antidiskriminierung.org/andere-pressemittelungen/2021/3/17/inssan-ev-antimuslimischer-rassismus-in-berlin-nimmt-zu-die-fallzahlen-steigen-kontinuierlich-an>. Abgerufen am: 08.11.2021.

Attia, Iman (2009): Die „westliche Kultur“ und ihr Anderes. Zur Dekonstruktion von Orientalismus und antimuslimischem Rassismus. Bielefeld: Transcript.

Attia, Iman (2018): Die fremdgemachte Gewalt. Zum Verhältnis von antimuslimischem Rassismus, dem Bedrohungsszenario des ‚islamistischen Terrorismus‘ und Extremismusprävention. Abgerufen am: 17.12.2019.

Attia, Iman/ Häusler, Alexander/ Shooman, Yasemin (2014): Antimuslimischer Rassismus am rechten Rand. Münster: Unrast Verlag.

Attia, Iman/ Keskinliç, Ozan Zakariya (2016): Antimuslimischer Rassismus. In: Mecheril, Paul (Hrsg.): Handbuch Migrationspädagogik. Weinheim/Basel: Beltz, S. 168-182.

Attia, Iman/ Keskinliç, Ozan Zakariya/ Okcu, Büşra (2021): Muslimischsein im Sicherheitsdiskurs. Eine rekonstruktive Studie über den Umgang mit dem Bedeutungsszenario. Bielefeld: Transcript Verlag.

Benbrahim, Karima/ Dib, Jinan (2022): Rassismuserfahrungen in weißen Institutionen und der Antidiskriminierungsarbeit. In: Demirtaş, Birgül/ Schmitz, Adelheid/ Wagner, Constantin (Hrsg.): Rassismus in Institutionen und Alltag der Sozialen Arbeit. Ein Theorie-Praxis-Dialog. Weinheim: Beltz Juventa Verlag.

Berliner Senatsverwaltung für Justiz Verbraucherschutz und Antidiskriminierung (2021): Expert*innenkommission zu antimuslimischem Rassismus nimmt Arbeit auf. berlin.de/sen/justva/presse/pressemittelungen/2021/pressemitteilung.1057701.php Abgerufen am: 08.11.2021.

Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (2020): <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressexpertemittelungen/DE/2020/09/expertenkreis-muslimfeindlichkeit.html>. Abgerufen am 08.11.2021.

Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (2021): https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/2021/05/pmk-2020-bundesweite-fallzahlen.pdf?__blob=publicationFile&v=4. Abgerufen am: 08.11.2021.

Bourdieu, Pierre (2005): Die männliche Herrschaft. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Bourdieu, Pierre / Wacquant, Loïc J. D. (1996): Reflexive Anthropologie. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Deutscher Bundestag (2019): Drucksache 19/11990. <https://ds.server.bundestag.de/btd/19/119/1911990.pdf>. Abgerufen am: 08.11.2021.

Deutscher Bundestag (2020): Drucksache 19/17069. <https://ds.server.bundestag.de/btd/19/170/1917069.pdf>. Abgerufen am: 08.11.2021.

El-Mafalaani, Aladin (2018). Das Integrationsparadox - warum gelungene Integration zu mehr Konflikten führt. Bonn: Bildungszentrale für politische Bildung.

Fereidooni, Karim (2016): Diskriminierungs- und Rassismuserfahrungen im Schulwesen. Eine Studie zu Ungleichheitspraktiken im Berufskontext. Wiesbaden: Springer Fachmedien.

FRA - Agentur der europäischen Union für Grundrechte (2017): Zweite Erhebung der Europäischen Union zu Minderheiten und Diskriminierung. Muslimas und Muslime - ausgewählte Ergebnisse. https://fra.europa.eu/sites/default/files/fra_uploads/fra-2017-eu-minorities-survey-muslims-selected-findings_de.pdf. Abgerufen am: 21.02.2022

Friedrich-Ebert-Stiftung (2021): Mitte Studie. <https://www.fes.de/referat-demokratie-gesellschaft-und-innovation/gegen-rechtsextremismus/mitte-studie-2021>. Abgerufen am: 08.02.2022.

Islamiq (2021): 49 islamfeindliche Straftaten im ersten Halbjahr erfasst. <https://www.islamiq.de/2021/09/07/49-islamfeindliche-straftaten-im-ersten-halbjaahr-erfasst/>. Abgerufen am: 22.02.2021.

Kamp, Melanie/ Kröhnert-Othman, Susanne/ Wagner, Constantin (2011): Keine Chance auf Zugehörigkeit? Schulbücher europäischer Länder halten Islam und modernes Europa getrennt. Braunschweig: Georg-Eckert-Institut für internationale Schulbuchforschung. http://www.gei.de/fileadmin/gei.de/pdf/publikationen/Expertise/fulltext/Islamstudie_2011.pdf. Abgerufen am: 21.02.2022.

Karabulut, Aylin (2020): Rassismuserfahrungen von Schüler*innen. Institutionelle Grenzziehungen an Schulen. Wiesbaden: Springer Fachmedien.

Köbberling, Gesa/ Najibullah, Atia/ Sarma, Olivia/ Shamu, Jennifer (2022): Perspektivwechsel und Solidarität. Beratung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt. In: Demirtaş, Birgül/ Schmitz, Adelheid/ Wagner, Constantin (Hrsg.): Rassismus in Institutionen und Alltag der Sozialen Arbeit. Ein Theorie-Praxis-Dialog. Weinheim: Beltz Juventa Verlag, S. 127-151.

Krais, Beate (2008): Zur Funktionsweise von Herrschaft in der Moderne. Soziale Ordnungen, symbolische Gewalt, gesellschaftliche Kontrolle. In: Schmidt, Robert/ Woltersdorff, Volker (Hrsg.): Symbolische Gewalt. Herrschaftsanalyse nach Bourdieu. Konstanz: UVK Verlag, S. 45-58.

Kuria, Emily Ngubia (2015): Zeichen setzen gegen Rassismus an deutschen Hochschulen. *W_orten & meer*.

Mayring, Philipp (2010): Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. Weinheim: Beltz.

Mayring, Philipp/ Fenzl, Thomas (2019): Qualitative Inhaltsanalyse. In: Baur, Nina/ Blasius, Jörg (Hrsg.): Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 633-648.

Mühe, Nina (2010): *Muslimen in Berlin*. Open Society.

Peucker, Mario (2010): Diskriminierung aufgrund der islamischen Religionszugehörigkeit im Kontext Arbeitsleben. Erkenntnisse, Fragen und Handlungsempfehlungen. Berlin: Antidiskriminierungsstelle des Bundes. https://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/Downloads/DE/publikationen/Expertisen/expertise_diskr_aufgrund_islam_religionszugehoerigkeit_sozialwissenschaftlich.pdf?__blob=publicationFile&v=3. Abgerufen am: 21.02.2022.

Schneiders, Thorsten Gerald (2009): *Islamfeindlichkeit. Wenn die Grenzen der Kritik verschwimmen*. Wiesbaden: VS Verlag.

Shooman, Yasemin (2014): Antimuslimischer Rassismus und Islamfeindlichkeit im World Wide Web. In: Attia, Iman/ Shooman, Yasemin/ Häusler, Alexander (Hrsg.): *Antimuslimischer Rassismus am rechten Rand*. Münster: Unrast Verlag, S. 34-61.

Weichselbaumer, Doris (2016): *Discrimination against Female Migrants Wearing Headscarves*. Bonn: Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit. Diskussionspapier Nummer 10217. <http://ftp.iza.org/dp10217.pdf>. Abgerufen am: 08.02.2022.

Winterhagen, Jenni/ Ceyhan, Güzin (2020): Beratungsangebote für Betroffene von antimuslimischem Rassismus. Kurzanalyse der Beratungslandschaft für Betroffene von antimuslimisch motivierten Übergriffen und antimuslimisch motivierter Diskriminierung in Deutschland. https://www.claim-allianz.de/content/uploads/2021/03/210105_knw_kurzstudie_digital.pdf?x54225. Abgerufen am: 08.11.2021.

Yanık-Şenay, Aylin (2018): Familienberatung in muslimischen Migrantenorganisationen. Zielgruppenspezifische Beratungsbedürfnisse und Konzeption. Wiesbaden: Springer VS.

Zeit.de (2021): Zahl der Angriffe auf Muslime erneut gestiegen. https://www.zeit.de/gesellschaft/2021-02/islamfeindlichkeit-uebergriffe-muslimen-2020-bundesinnenministerium?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F. Abgerufen am: 08.11.2021.

Zick, Andreas/ Küpper, Beate (2021): *Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21*. Bonn: Dietz Verlag.

7. ANHÄNGE

Berliner Beratungsstellen

Beratungsstellen bei altersbedingter Diskriminierung

- KiDs – Kinder vor Diskriminierung schützen!
- Antidiskriminierungsberatung Alter oder Behinderung

Beratungsstellen bei körperlicher und/oder geistiger Behinderung

- Antidiskriminierungsberatung Alter oder Behinderung
- Netzwerk behinderter Frauen Berlin e. V.
- Eltern beraten Eltern von Kindern mit und ohne Behinderung
- Frauenzimmer e. V. – Beratung für Frauen mit Behinderungen und Handicaps

Beratungsstellen bei geschlechterbezogener Diskriminierung und Gewalt gegen Frauen

- Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung Abt. Frauen- und Gleichstellungspolitik
- Frieda Frauenzentrum e. V. – Beratungszentrum für Frauen in Berlin
- BIG Hotline bei häuslicher Gewalt gegen Frauen
- LARA Fachstelle gegen sexualisierte Gewalt an Frauen*
- S. u.S.I – Interkulturelles Frauenzentrum
- Frauenberatung BORA
- Frauenberatung TARA
- Frauenraum – Fachberatungs- und Interventionsstelle bei häuslicher Gewalt
- Interkulturelle Initiative e. V. – Fachberatungs- und Interventionsstelle bei häuslicher Gewalt
- AWO Kreisverband Berlin-Mitte e. V. – Frauenladen
- Frauenzimmer e. V.
- Frauenzentrum Paula Panke e. V.
- Mathilde e. V. Frauenzentrum
- Papatya e. V.
- Zuff e. V. – Zufluchtswohnungen für Frauen

Beratungsstellen bei Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung und/oder nichtbinärer Geschlechteridentität

- StandUp Antidiskriminierungsprojekt der Schwulenberatung Berlin
- LesMigraS Antidiskriminierungs- und Antigewaltbereich der Lesbenberatung
- Lesben- und Schwulenverband in Deutschland (LSVD) – LSVD Berlin
- Sonntags-Club
- Ansprechpartner*in für gleichgeschlechtliche Lebensweisen der Berliner Staatsanwaltschaft
- MANEO – das schwule Anti-Gewalt-Projekt und Überfalltelefon in Berlin

Weitere Beratungsstellen/Initiativen

- entschwört. Beratung zu Verschwörungsmythen im persönlichen Umfeld
- Mobiles Beratungsteam Berlin – für Demokratieentwicklung (Beratung von Multiplikator:innen)
- Praxisstelle Antisemitismus (KIgA e. V. – Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus) – Anlaufstellen für Schulen
- ufuq – Beratung von Fachkräften und Einrichtungen in den Themenfeldern Islam, antimuslimischer Rassismus und Islamismus
- YALLAH! ANTIMUSLIMISCHEM RASSISMUS ENTGEGENTRETEN



IMPRESSUM

Herausgeberin

Senatsverwaltung für Justiz,
Vielfalt und Antidiskriminierung

Salzburger Str. 21-25,

10825 Berlin

Telefon: (030) 9013-0

E-Mail: geschaeftsstelle.lads@senjustva.berlin.de

Inhaltlich verantwortlich

Landestelle für Gleichbehandlung -
gegen Diskriminierung

Redaktion

Constantin Wagner

Rümeysa Şenel

Eda Yıldız

E-Mail: pressestelle@senjustva.berlin.de

Zeichnungen, Gestaltung und technische Umsetzung (barrierefreies PDF)

ariadne an der spree GmbH

©Senatskanzlei

Stand 10/2022

Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie leben!